

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pauli & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprech-Nr. 1111 bis 1115. — Postzeitungsamt Nr. 2, Postfach 110. — Preis: Monatspreis 2,00 Mark, Halbjahr 10,00 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Normzeile kostet 30 Pf., auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 20 Pf., die dreispaltige 20 Millimeter breite Normzeile kostet 100 Pf., auswärts 120 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzverweigerung keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg, Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 104.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Mai 1926.

37. Jahrgang

Attentat auf Schwarzrotgold.

Handstreich der Luther-Regierung.

Anzeichen der letzten Zeit sprechen dafür, daß der Reichskanzler eifrig bemüht ist, den verlorenen Anschluß an die Deutschnationalen wiederzufinden. Sein Entwürfs-telegramm an den Vater Schlageters hatte z. B. einen ausgesprochen politischen Sinn und den Zweck, auf die Deutschnationalen einen guten Eindruck zu machen. Der Reichspräsident, von dem man ein ähnliches Telegramm am ehesten hätte erwarten können, hat öffentlich weder seine Entwürfs- über das Attentat zum Ausdruck gebracht noch den toten Schlageter als Nationalhelden gefeiert. Das blieb dem „unparteiischen“ Herrn Luther vorbehalten.

Der neueste Plan des Reichskanzlers in der Richtung, bei den Rechtsparteien in gutem Ansehen zu stehen, muß in seiner Wirkung für alle ehrlichen Republikaner einen Alarmruf bedeuten. In den letzten Jahren hat man von rechts immer und immer wieder versucht, die Republik — soweit das noch möglich war — auszuhöhlen und unter den verschiedensten Vorwänden mehr und mehr den Anschluß an die Vergangenheit wiederherzustellen. Die Gegenwehr der Republikaner hat vieles verhindert, und trotzdem ihre Reihen heute stärker sind denn je, bringt es die Reichsregierung fertig, sich heute sogar eine Tat zu leisten, die beim besten Willen nicht anders denn als eine offene Verhöhnung des Geistes der Weimarer Verfassung ausgelegt werden kann.

Die Reichsregierung plant für die allernächste Zeit eine Verordnung, nach der alle deutschen Missionen, d. h. die Konsulate, Generalkonsulate, Schandstiftungen und Botenämter in Europa und Übersee im Nationalwappen der schwarzrotgoldenen Flagge auch

die schwarzweißrote Handelsflagge zeigen sollen.

Man sieht also im besten Begriff, dem Ausland ein Schauspiel zu liefern, wie es sich keine Macht der Welt bisher geleistet haben dürfte. Als innerpolitischen Ausgleich für die geplante Provokation der Republikaner sollen die Marinebehörden, die bis heute noch die schwarzweißrote Flagge mit dem Adler führten, in Zukunft auch die schwarzrotgoldene Gösch in der schwarzweißroten Flagge zeigen. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Werften, die Hafenverwaltungen usw.

Der Sinn dieses Plans ist völlig klar: man will zur Beruhigung der Monarchisten im Ausland die schwarzweißrote Fahne mehr in den Vordergrund treten lassen, und wenn das gelungen ist, dann wird der zweite Schritt bis zum völligen Verzicht auf die schwarzrotgoldene Fahne versucht werden. Angeht es das Bedürfnis des Auslandes, neben den schwarzrotgoldenen Farben der Republik regelmäßig auch die schwarzweißrote Fahne mit der republikanischen Gösch zu sehen. In diesem Sinne soll die Mehrzahl der Missionsleiter nach Berlin berichtet haben. Ist das richtig, dann zeigt dieser Zustand wieder einmal, wie notwendig es ist, die ausländischen Missionen endlich

mit Republikanern zu besetzen.

die ihren Stolz und ihre Pflicht darin sehen, nicht nur die Gelber der Republik zu beziehen, sondern ihr auch als ehrliche Repräsentanten zu dienen.

Das Reichskabinett hat der geplanten Verordnung bereits seine Zustimmung gegeben. Es zeigt sich also auch hier wieder, daß die Regierung jeweils die Verfassung auslegt, wie es ihr am liebsten ist; denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die beabsichtigte Maßnahme mit dem Wortlaut der Verfassung und noch weniger mit dem Geist von Weimar in Einklang zu bringen ist. Der Reichspräsident kann Verordnungen nur auf Grund des Artikels 13 der Reichsverfassung und als Oberbefehlshaber der Wehrmacht erlassen, und ebensowenig ist der Reichsaußenminister zu einer Verordnung berechtigt, wie sie jetzt geplant ist. Dieses Recht steht ausschließlich dem Reichstag zu! Da aber die Regierung in dem geplanten Fall auch einer Mehrheit nicht sicher ist, steht sie im Begriff, sich unter einer Auslegung der Verfassung durchzusetzen, die in Anbetracht der Verfassungsdebatten anlässlich der Fürstenabfindung geradezu einen Skandal darstellt.

Die Sozialdemokratie wird diesem doppelten Skandal, d. h. dem Versuch, auf Umwegen die Farben der Monarchie langsam wieder zum Banner Deutschlands zu erheben, und zu diesem Zweck die Verfassung zu auszulügen, wie es am bequemsten ist, am 6. Mai gegen den Reichstag durchzusetzen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie ist gewiß, daß die Mehrheit des Volkes bei diesem Widerstand auf ihrer Seite stehen wird

gegen das Reichskabinett.

Über nicht nur bei den Sozialdemokraten, auch bei den Demokraten und beim Zentrum hat Luther's neuer

Geniestreich tiefe Erregung ausgelöst. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt, daß Kräfte am Werke zu sein scheinen, die auf kaltem Wege die schwarzweißrote Fahne wieder einführen wollen. Das könnten die Demokraten nicht zugeben. Dann sei schon weit eher der klarere Weg der Volksentscheidung vorzuziehen. Die demokratische Reichstagsfraktion beauftragte am Dienstag den Fraktionsvorsitzenden Dr. Koch einstimmig, bei dem Reichskanzler sofort Protest gegen die Verordnung zu erheben. Koch soll u. a. erklärt haben, daß seine Fraktion gegebenenfalls die Angelegenheit zur Kabinettsfrage machen und ihre Vertreter aus der Regierung zurückziehen werde.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag nach der Plenarsitzung in längerer Sitzung ebenfalls mit der Verordnung zur Flaggenfrage und kam zu dem Ergebnis, daß eine solche Aktion zurzeit nicht als angebracht angesehen werden könne. Nach Schluß der Sitzung wurde der Beschluß dem Reichsaußenminister zur Kenntnis gebracht.

Am Dienstag abend empfing der Reichsaußenminister den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, um ihm von den Absichten der Regierung Kenntnis zu geben. Hermann Müller ließ den Reichsaußenminister wissen, daß die geplante Verordnung auf den

stärksten Widerstand der Sozialdemokratie

stoßen würde. Er verwies u. a. auch auf die Wirkung der Verordnung in Oesterreich und in Frankreich.

Die sozialdemokratische Regierung angesichts dieser Proteste und Meinungen ihre Politik über die Flagge zur Durchführung bringen? Sie konnte etwas erleben! Denn hier steht nicht die Farbe der Reichsflagge allein, hier steht der Inhalt der deutschen Republik auf der Tagesordnung, der Geist der darin waltend soll.

Und darum werden die Republikaner jedes Attentat auf die Farben Schwarzrotgold mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen. Schon hat die erste Alarmnachricht über den geplanten Streich die berufensten Verteidiger der Republik auf den Plan gerufen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold marschiert am heutigen Mittwoch in Berlin auf dem Gendarmenmarkt zum Protest gegen die neue Flaggenverordnung auf. Sollte dieses Warnungssignal nicht genügen, dann kann die Reichsregierung einen Proteststurm erleben, der ihr zum Verhängnis wird. —

Der englische Generalstreik.

Aus London wird uns gemeldet:

Der Generalstreik gestaltete sich im Verlauf des Dienstags vollständig in dem vom Generalrat der Gewerkschaften angeordneten Umfang. In den Nachmittagsstunden des Dienstags war völlig klar, daß die Parole zum Generalstreik zu 98 Prozent befolgt worden ist.

Das Straßenbild Londons hat seit den Morgenstunden keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Verwendung sämtlicher in Privatbesitz befindlicher Fahrzeuge hatte in den Nachmittagsstunden eine beängstigende Verstopfung der Straßen des Zentrums der Stadt zur Folge, so daß sich an den Hauptverkehrsstraßen die Automobile und sonstigen Fahrzeuge bis zu einer Viertelstunde stauten.

Während in den frühen Morgenstunden des Dienstags der Verkehr der Untergrundbahnen, der Omnibusgesellschaften und der Straßenbahnen völlig stillstand, ist es im Laufe des Tages einer der kleinern Untergrundbahngesellschaften gelungen, Züge in Zwischenräumen von 20 Minuten abzulassen. Außerdem haben die kleinen Omnibusgesellschaften, deren Angestellte gewerkschaftlich nicht organisiert sind, einen unregelmäßigen Dienst aufrechterhalten. An eine auch nur einigermaßen genügende Bewältigung des Verkehrs ist nicht im entferntesten zu denken. Die größte Omnibusgesellschaft Londons, deren Mitglieder organisiert sind, haben den Weisungen der Gewerkschaft Folge geleistet. Bemerkenswert ist, daß selbst die verhältnismäßig wenigen im Betrieb befindlichen Omnibusse, die bekanntlich das Hauptverkehrsmittel Londons sind, trotz des Mangels an Verkehrsmöglichkeiten vom Publikum kaum benutzt werden.

Die Zeitungen sind am Dienstag nicht erschienen, jedoch wurden die am Montag vor Mitternacht herausgegebenen Ausgaben einiger Morgenblätter teilweise zu Tagespreisen und gleichzeitig mit veralteten Sonntags-

zeitungen verkauft. Die einzige Nachrichtenquelle für die Öffentlichkeit ist der Rundfunk, durch den täglich fünfmal die amtlichen Neutermeldungen ausgegeben werden. Die Regierung hat während des Dienstags Vorbereitungen für den Druck einer offiziellen Zeitung getroffen, die am Mittwoch morgen unter dem Namen „British Gazette“ herauskommen soll. Eine große Anzahl von Druckereibesitzern soll ihre Druckereien der Regierung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt haben. Da die Buchdruckergewerkschaft die Parole der Arbeitsniederlegung aus prinzipiellen Gründen auch auf die Arbeiterpresse ausgedehnt hat, kann selbst der „Daily Herald“, das offizielle Organ der Gewerkschaften, nicht erscheinen. Das Fehlen einer offiziellen Informationsquelle der Gewerkschaften wird auf allen Seiten beklagt.

Sämtliche Geschäfte Londons waren am Dienstag geöffnet. Es zeigte sich keinerlei Neigung des Publikums, Lebensmittel zu hamstern. In den Geschäften, die nicht der unmittelbaren Versorgung mit Lebensmitteln dienen, konnte eine allgemeine Kaufunlust festgestellt werden. Die Theater und Kinos spielen einstweilen wie üblich. Die Milch wird von Mittwoch an unter staatlicher Kontrolle bewirtschaftet und von der zentralen Milchsammlung im Hyde Park an den Einzelhandel abgegeben. Der Milchpreis ist mit amtlicher Zustimmung infolge der verteuerten Belieferung um 8 Cent pro Liter erhöht worden.

Während der Eisenbahnverkehr, soweit es sich um die Personenbeförderung handelt, im ganzen Lande nahezu vollständig zum Stillstand gekommen ist, haben die Eisenbahner einen großen Teil dieser Züge in die Personenbahnhöfe geleitet, um auf diese Weise es den Eisenbahngesellschaften unmöglich zu machen, mit Hilfe von Streikbrechern oder Soldaten Personenzüge abgehen zu lassen.

Auf den Londoner Vorortstrecken ruht der Verkehr völlig. Dem Streik haben sich auch die Arbeiter der großen Waffen- und Munitionsfabrik Woolwich und der englischen Staatsdruckerei angeschlossen. Das Arsenal in Woolwich ist von einem starken Truppenaufgebot besetzt; vor den geschlossenen Türen des Werkes stehen neben den Streikposten zahlreiche Militärposten. Das gleiche Bild bietet die staatliche Druckerei.

Antwort der deutschen Bergarbeiter.

Der Deutsche Bergarbeiterverband ist am Dienstag von dem Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale Frank Hodges telegraphisch von dem Beginn des Streikes in Kenntnis gesetzt worden. Der Vorstand des deutschen Bergarbeiterverbandes hat als Antwort an den Vorsitzenden des englischen Bergarbeiterverbandes Herbert Smith ein Telegramm gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß die deutschen Bergarbeiter die Forderung der englischen Bergarbeiter in ihrem Kampfe gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Reduzierung der Löhne begrüßen und der Deutsche Bergarbeiterverband entsprechend dem häufigsten Beschluß die erforderlichen Verhandlungen aufgenommen habe.

Der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter hat bisher noch keine Stellung zum dem Generalstreik der englischen Bergarbeiter genommen. Alle Meldungen über die voranschreitende Faltung des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter beruhen auf Kombinationen. Die deutschen Bergarbeiterorganisationen werden in den nächsten Tagen zusammentreten, um die Lage gemeinsam zu besprechen.

Streikfolge wird nicht befürchtet.

Die Vertreter der französischen Gewerkschaften der Transportarbeiter, Seelen, Eisenbahner und Bergbauarbeiter sind am Dienstag zusammengetreten und haben sich mit Fragen befaßt, die für die französischen Gewerkschaften durch den englischen Generalstreik entstehen können. Es ist beschlossen worden, die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften anzuweisen, den Transport der englischen Kohle zu verweigern. Andere Beschlüsse sind vorläufig nicht gefaßt worden. Nach Ausgange der Sitzung erklärte der Sekretär der französischen Bergarbeitergewerkschaft, daß die Möglichkeit eines internationalen Streikes der Bergarbeiter nicht ausgeschlossen sei.

In Pariser Wirtschaftskreisen glaubt man, daß der französische Außenhandel sowie der französische Kohlenbergbau gewisse Vorteile aus der Lahmlegung des englischen Exportes ziehen, wenn die Ausfuhr nach England nicht unterbunden wird. Die französischen Eisenbahnen verweigern bereits die Annahme von Gütern nach England. Es wird u. a. befürchtet, daß England zur Verteidigung seiner Währung die in seinem Besitz befindlichen Jeanberränge auf den Markt wirft und auf diese Weise einen weiteren Streik des Franzosen veranlaßt.

Internationale Solidarität!

Der Vorsitzende der britischen Arbeiterpartei Robert Williams übermittelte dem Londoner Vertreter des „Soz. PresseDienst“ folgende Erklärung zum Streik:

Unsere erste Pflicht als Arbeiterbewegung war in dieser historischen Stunde ein Appell an die Solidarität der britischen Arbeiter, die Vergarbeiter in ihrem Kampfe um ein lebenswürdiges Dasein zu unterstützen. Die britische Gesamtbewegung hat diese Solidarität in einer geschichtlich noch nie dagewesenen Art und Weise gezeigt. Wir können deshalb nunmehr auch an die internationale Solidarität appellieren. Jede Hilfeleistung, die wir von der europäischen und ganz besonders von der deutschen Arbeiterschaft finden können und werden, wird uns ein Beweis dafür sein, daß wir einen gerechten Kampf für den menschlichen Fortschritt führen.

Der Generalsekretär der Vergarbeiter Coof hat im Namen der Exekutive der britischen Vergarbeiter dem Londoner Vertreter des „Soz. PresseDienst“ folgende Erklärung zur Uebermittlung an die deutsche Arbeiterschaft abgegeben:

Die britische Vergarbeiterchaft hat die Nachricht von der Unterstützung, die ihr Kampf durch die deutschen Vergarbeiter findet, mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Die Aktion der deutschen Vergarbeiter hat schon jetzt die Internationale der Vergarbeiter fester als jemals zuvor verflochten. Sie beweist, daß die Vergarbeiter-Internationale eine Realität ist, die in Zeiten der Not zu handeln bereit ist.

Unsere nächste internationale Aufgabe wird es sein, die Arbeitsbedingungen und Verträge der Vergarbeiter-Internationale in Uebereinstimmung zu bringen. Die Unternehmer haben sich geirrt, wenn sie gehofft hatten, die Vergarbeiter zu isolieren und niedermurken. Unsere Hoffnung ruht auf der wahren internationalen Solidarität.

Die englischen Arbeitsbrüder sollen nicht vergeblich an die internationale Solidarität appelliert haben. Besonders die zunächst in Frage kommenden deutschen, französischen und belgischen Vergarbeiter und darüber hinaus alle übrigen freigeberischen Arbeiter werden die geforderte Solidarität so üben, daß sie in spätem Tagen mit Stolz darauf zurückblicken können. Außerdem hat die englische Arbeiterschaft bei großen Wirksamkeitskampfen in andern Ländern schon Musterbeispiele von Solidarität gegeben, die es jetzt zu imitieren gilt.

Hindenburg in Hamburg.

Der Reichspräsident traf am Dienstag mittig zu einem offiziellen Besuch in Hamburg ein. Zu seinem Empfang waren große Vorbereitungen getroffen. Ueberall an den Durchfahrtsorten hatte man Plakatwände errichtet, von denen das Schwarzrotgold der deutschen Republik neben dem Heiligenschein des Reichspräsidenten leuchtete. Der dem Dampfer-Schiffhof hatte unter einer Ueberleitung der Kaiserliche Reichsbahnverordnungen Aufnahme genommen. Ebenfalls hielten sich Hunderte von Arbeiterpartei-Mitgliedern auf dem großen Teile des Weges, den der Kaiser des Reichspräsidenten nahm. Später, auf dem kleinen Teile hatten die sozialdemokratischen Verbände Aufnahme genommen.

Nach dem Abschieden der Frau einer auf dem Reichspräsidenten empfangenen Familienangehörigen der Hamburger Schiffsarbeiter wurde der Reichspräsident im Rathaus dem Hamburger Senat nach dem Vorübergehen der Bürgerhäuser begrüßt. Gleich darauf wurde der Kaiser zum Hafen expediert. Auf dem Wege dorthin trafen die Kinder aller Schulen ein, denen von der Ueberrichtsverwaltung stehende Schwarzrotgoldener Fähnchen angedrückt worden waren.

Im Land des Reichspräsidenten Hamburg wurde dem Kaiser ein Ehrenschiff aus dem Kaiserlichen und Reichlichen, eine geschmückte Kanoniere durch den Hamburger Hafen, in dem die Schiffe aller Nationen über die Dammur geschleppt wurden, empfangen. Im Hafen wie auch in der Stadt zeigten die Arbeiter der ganzen Nationen und Handelsstädte ebenfalls wie die Arbeiter zum Ehrenschiff die Reichsflagge Schwarzrotgold mit schwarzem Reichsadler. Um 7 Uhr fand im Rathaus ein offizielles Diner statt, bei dem Bürgermeister Petersen eine Rede hielt.

Rouge.

Nach der Rückkehr des Rouger von seiner Reise nach dem Nordpol, hat er eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht.

Die Entdeckung der neuen Entdeckungen hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht.

Die Entdeckung der neuen Entdeckungen hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht. Er hat eine große Menge von neuen Entdeckungen mitgebracht.

In der er ausführte, daß Hamburg mit seiner ein Jahrtausend alten republikanischen Staatsform die Kraft der Demokratie beweise. Er könne nichts Besseres tun, als dem Reichspräsidenten das gleiche zu sagen, was auch dem hochzuverehrenden ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert an der gleichen Stelle gesagt worden sei. Auf Hamburgs Boden und auf Hamburgs Schiffsplanken werde Reichsverbrossenheit niemals gedeihen, wohl aber Treue zum Reich und Liebe zur deutschen Republik.

Reichspräsident v. Hindenburg feierte dann Hamburg als die Brücke, die das deutsche Vaterland mit der Welt verbinde. Um 10 1/2 Uhr erfolgte die Abfahrt zum Bahnhof. Auf dem Wege waren Tackelzüge der Turn- und Sportverbände aufgestellt. Mit dem fahrplanmäßigen Nachtzug kehrte der Reichspräsident nach Berlin zurück.

Bilder vom Generalfreist.



Das Hauptquartier.

Diese Bilder zeigen: oben: drei Führer im Reichskampf der Arbeiterpartei Englands. Es ist links: Richardson K. J. Coof, in der Mitte: James Macdonald, der jüngere englische Premierminister, und Tom Richard. Das untere Bild zeigt Streikende vor dem Generalkonferenzsaal in London, in dem die entscheidenden Sitzungen stattfinden und das jetzt Hauptquartier der Arbeiterpartei ist.

Deutsche „Bildung“.

Professor Leising, der im Reichspräsidenten-Wahlkampf von seinem Recht als Staatsbürger Gebrauch machte und sich gegen die Wahl Hindenburgs ausgesprochen, wurde am Dienstag im Hannover von rechtsradikalen Verbindungsmitgliedern daran gehindert, seine erste Vorlesung des Sommersemesters zu halten. Auch der Rektor der Hochschule verbot Professor Leising nicht zu lehren.

Auf der Straße griffen die Studenten den Professor tödlich an und bewarfen ihn mit Steinen, so daß er den Schlag der Wutigen im Krankenhaus nehmen mußte.

Ähnlich, die mit Steinen werfen, nennt man auf deutsche Verhältnisse. Es ist interessant, daß deutsche Studenten, die als soziale Rechtsanwälte, Ärzte und höhere Verwaltungsbeamte auf das deutsche Volk losgeschleudert werden, in ihrer Vorbereitungszeit den Chefs haben, durch Steinwürfe gegen einen Gelehrten sich dem Ziel zu nähern.

Der Ruf nach Bildung. Noch eine andere Seite der Sache, die zeigt, wie man sich bei der Bildung verhalten sollte. Die Aufforderung zum Kampf und die neuen sozialen Aufgaben sind wiederholt wiederholt, wenn man sich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ansieht. Und das ist es, was die Arbeiterbewegung zu dem Kampf führt.

Die Dresdner Gartenbauausstellung.

Die Jubiläumsgartenbauausstellung, die in der letzten Woche in Dresden eröffnet wurde, hat schon den ersten Erfolg erzielt. Inzwischen hat sich gezeigt, daß sie bereits am ersten Sonntag nach der Eröffnung von 100000 Personen besucht wurde. Dieser erste Erfolg ist ein Beweis für die Beliebtheit der Ausstellung. Die Ausstellung ist ein Beweis für die Beliebtheit der Ausstellung.

Die Jubiläumsgartenbauausstellung, die in der letzten Woche in Dresden eröffnet wurde, hat schon den ersten Erfolg erzielt. Inzwischen hat sich gezeigt, daß sie bereits am ersten Sonntag nach der Eröffnung von 100000 Personen besucht wurde. Dieser erste Erfolg ist ein Beweis für die Beliebtheit der Ausstellung. Die Ausstellung ist ein Beweis für die Beliebtheit der Ausstellung.

Die Zwischenlösung.

Die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums für die Zwischenlösung in der Erwerbslosenfürsorge ist fertiggestellt. Sie wird noch in dieser Woche dem Kabinett vorgelegt werden. Danach soll sie dem Reichsrat und dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags zugehen.

Wie wir erfahren, steht bis jetzt noch immer nicht fest, ob die Zwischenlösung in Form einer Verordnung oder auf gesetzgeberischem Wege erfolgen soll. Das Kabinett hat angedeutet, daß diese Frage noch nicht entschieden ist. Das ist sehr merkwürdig. Bei den maßgebenden Stellen scheinen vergeblich Leute zu sitzen. Für die Gewerkschaften ist nämlich die Frage, ob Verordnung oder gesetzgeberischer Weg, schon seit längerer Zeit so gut wie geklärt. Für sie kommt nur eine Regelung der Zwischenlösung durch den Reichstag in Frage.

Freie Bahn!

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat am Dienstag den Gesetzesentwurf auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten und den Antrag des Zentrums bzw. der Demokraten abgelehnt. Infolgedessen wird wahrscheinlich schon am Donnerstag im Reichstagsplenar die dritte Lesung des „begehrten“ Gesetzes vorgenommen und durch seine Ablehnung beendet. Damit ist der Weg für den Volksentscheid frei. Seine angebliche Verzögerung durch die Sozialdemokratie infolge der von ihr gebilligten Ueberweisung des Enteignungsentwurfes an den Rechtsausschuß hat sich also als ein Hirngespinnst der Kommunisten herausgestellt.

Die gesetzgeberische Aktion der Reichsregierung zur Abfindung der Fürsten wird durch den Volksentscheid vorläufig natürlich nicht berührt. Der Reichsrat wird den Regierungsentwurf voraussichtlich noch Ende dieser Woche mit der erforderlichen Mehrheit dem Reichstag überweisen und dann dürfte sich sehr bald herausstellen, daß die Aktion des Kabinetts mit ihrem vollen Erfolg zu gehen wird.

Der Volksentscheid geht unter diesen Umständen wahrscheinlich vor sich, ohne daß überhaupt ein Eventualgesetz vorliegt, und so wird die Gegenparole fehlen. Wir von unserem Standpunkt haben dagegen nichts einzuwenden, denn so wird dem Volk klar, daß von dem Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nichts zu erwarten ist.

Zustände in der „Ordnungszelle“.

Die bayerische Sozialdemokratie ist seit langem gegen den in weitem Umfang künstlich aufgeblähten bürokratischen Verwaltungsapparat des bayerischen Staates Sturm gelaufen. Bis allerdings vergeblich, da von den bürgerlichen Regierungsparteien die Erhaltung dieses Apparats im Interesse der sogenannten bayerischen Eigenstaatlichkeit für absolut notwendig erachtet wurde. Nun ist der Sozialdemokratie unerwartet ein Helfer erstanden, und zwar in der Person des Landesvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, des Abg. Stief, der in der Reichstagszeit einmal bayerischer Finanzminister gewesen ist.

In der Dienstagssitzung des Haushaltsausschusses des Landtags übte er an der bayerischen Finanzverwaltung überaus scharfe Kritik. Nach seinen Erfahrungen als derzeitiger Präsident des bayerischen Landesfinanzamtes seien die Finanzämter in Bayern infolge ihrer Ueberlastung mit bayerischen Sonderaufgaben dem Zusammenbruch nahe. Die Finanzbeamten müßten ihre bayerischen Geschäfte mit veralteten Geschäftsmethoden betreiben, die mit den praktischen Methoden des Reiches nicht im Einklang stünden. Wo die Zentralisierung praktisch sei, wie auf diesem Gebiet, müsse man sie unbedingt durchzuführen.

Ein demokratischer Abgeordneter wies darauf hin, daß die Kosten der bayerischen Steuererhebung 11 Prozent der Reineinnahmen verchlängen, während bei den Reichs-

landesämtern; an einer andern Stelle hat man die ganze Gesellschaft gemacht und ruft so verblüffende Wirkungen hervor, und schließlich trafen auch noch zwischen dem Unterholz des Großen Baums in der Nähe des von Stiefmütterchen umhüllten Teesessels Gruppen in lila und roten Tönen hervor.

In den Hallen aber herrschen jetzt die Dresdner Spezialgewerbe: Tische, Abbedeckter, Kamine und die verschiedensten Formen der Gefäße.

Es eine Reaktion gegenüber ähnlichen Schaulustigen Tritten mit dem Volkstheater Vorkursgruppen die Feierlichkeit des Geldes kleiner Geldverleihbanken beigemischt hat, wodurch im Verein mit den Volkstheater Vorkursgruppen die Feierlichkeit des Geldes zu machen einer größeren Lebendigkeit gewidmet wird. Wenn man schließlich an anderer Stelle die Stammformen der Volksgemeinde neben dem gärtnerischen Erzeugnissen in dieser Stimmung zu sehen, wenn man die neuen Stammformen bewundert und über die am Vorkurs der unheimlichen Ordnung immer auf neue ergriffen ist, dann gewinnt man allerdings Hochachtung vor dem Volkstheater, die und dieses Stammwunder überdient. Das ist ja gerade der große Reiz der Gartenbauausstellungen, daß für den Volkstheater jedes Menschen etwas bietet, daß sie selbst den meisten Volkstheater erfahren, der sonst vielfach von einer Fachausstellung nicht hinreichend berührt wird.

Dr. Kurt Schumacher (Dresden).

Das ist die große Aufgabe der Arbeiterbewegung. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß man eine ganz andere Schaulustige Veranstaltung in den charakteristischen Erzählungen von Volkstheater, Jules Verne u. a., wie eine Abfolge von Unternehmungen, heute bereits vorzuziehen ist. Ein überaus interessantes Beispiel dazu finden wir in unserer Zeit. In dem vor 2 Jahren erschienenen Roman „Die Entdeckung der Vergangenheit“ von Alfred Döblin findet sich u. a. eine außerordentlich packende Schilderung einer im letzten Jahrhundert betriebenen Expedition nach dem Nordpol. Der Professor der Physik an der Universität München, Herr Professor Dr. Schumacher, hat eine merkwürdige Expedition. Er will im Juni nach Grönland reisen, um zu untersuchen, ob es möglich ist, die Eisberge mit Wärme-Strahlung aus dem Nordpol zu zerbrechen. Er wird mit sich nehmen, daß man dem bayerischen Volkstheater ein solches Schauspiel zeigen kann.

steuern der Eay nur 3 Prozent betrage. Auch der Finanzminister selbst mußte zugeben, daß in der Verwaltung der Landessteuern Zustände eingetreten seien, die nicht mehr zu halten sind.

Rebhafte Kritik wurde von den Rednern aller Parteien auch darüber geführt, daß der bayerische oberste Rechnungshof heute noch nicht die Rechnungslegung für die Jahre 1910 bis 1923 abgeschlossen habe. Auf einen Zurs, was denn die Beamten, darunter allein sieben in Gehaltsklasse XIII, während der letzten vier Jahre getan hätten, erklärte der Finanzminister wörtlich: „Sie haben dasselbe gemacht, wie die Beamten mancher anderer bayerischer Behörden, bei denen gar keine Arbeit vorhanden war.“

Bayern wurde von allen Spießern darum, weil die Reaktion dort herrschte, mit Begeisterung die „Ordnungszelle“ des Deutschen Reiches genannt. Was Reaktionen unter Ordnung verstehen, sieht man jetzt mit solcher Deutlichkeit, daß sogar die Reaktionen, die doch einen Stiefel vertragen können, Angst vor ihrer eignen Ordnung kriegen. —

Neureglung des Wartestandes.

Das Reichsfinanzministerium hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Anrechnung der Wartestandszeit der Beamten und die Verwendung von Wartegeldempfängern neu regeln soll. Zur Besprechung der Neureglung sind die Beamtenorganisationen vom Ministerium zu einer Besprechung gebeten worden.

Ueber den Inhalt des Entwurfs hat das Reichsfinanzministerium bisher nichts verlauten lassen. Da nach den bis jetzt geltenden Bestimmungen die Wartegeldempfänger verpflichtet sind, eine Stelle von nicht geringerem Rang und nicht geringerem Einkommen anzunehmen, muß es sich bei dem neuen Entwurf allem Anschein nach darum handeln, diese Bestimmungen zu ändern. Will man die Beamten veranlassen, nicht gleichwertige Stellen zu übernehmen, will man die Privatvermögen bei der Besoldungsfrage in Anrechnung bringen? —

Die Anschuld des Staatsanwalts.

Ein Gegenstand zum Stoßel-Prozess wurde in Braunschweig verhandelt. Dort hat der Oberstaatsanwalt du Roi, der bis zum Herbst 1923 Leiter der Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel war, ein Strafverfahren gegen den Redakteur des „Volksfreund“, Thielemann, angestrengt, weil der „Volksfreund“ behauptet hatte, daß du Roi aus Anstaltsbeständen für sich und seine Angehörigen Vorräte und Lebensmittel zu billigen Preisen gekauft hatte. Zur Verhandlung erschienen 37 Zeugen.

In der Beweisaufnahme sagte u. a. der frühere Minister Grotewohl aus, daß auf Grund der Verdäkte, die ihm amtlich zugegangen seien, festgestellt sei, daß du Roi sehr viele Waren für sich gekauft habe. Du Roi hat u. a. auch eine Schweinezucht. Während du Roi sich und andre Beamte (so auch den Generalstaatsanwalt in Braunschweig) aus Anstaltsbeständen billig belieferte, mußten umgekehrt das Kreisgefängnis in Braunschweig und die Landesstrafanstalt selbst die gelieferten Waren zu teuren Preisen bezahlen. Du Roi hat z. B. am 3. September 1922 3 Zentner Gerste für 3600 Mark bezogen, während der Marktpreis am gleichen Tage 8700 Mark war. Ein anderer Beamter bezog am 8. Juli 2 Zentner Hafer zu je 500 Mark. Am gleichen Tage mußte die Landesstrafanstalt selbst 900 Mark für den Zentner bezahlen. Am 9. September 1923 kaufte du Roi 3 Zentner Gerste zu je 1200 Mark, während am gleichen Tage das Kreisgefängnis Braunschweig 3000 Mark an die Landesstrafanstalt bezahlen mußte. Oberstaatsanwalt du Roi suchte diese Unregelmäßigkeiten als politische Hege zu erklären.

Die Staatsanwaltschaft, die im Stoßel-Prozess jedes Telefongespräch nachrechnete, sucht in diesem Prozess alle Vergehen mit der Inflationzeit und den „Verhältnissen“, die damals herrschten und die mächtiger als die Menschen gewesen seien, zu entschuldigen.

Das Gericht folgte diesen Spuren. Es hat nach tagelangen Verhandlungen am Dienstagabend das Urteil verkündet. „An Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat“ wurde Thielemann zu einer Geldstrafe von 500 Mark und zur Tragung der Kosten verurteilt. In der Begründung wird ausgeführt, der jetzige Oberstaatsanwalt du Roi sei als Leiter der Strafanstalt Wolfenbüttel zu seinen rechtlichen Käufen aus Anstaltsbeständen berechtigt gewesen und habe nicht mehr als jeder andre Beamte bezogen. Daß er in der Inflationzeit seine Schulden nicht rechtzeitig bei der Anstalt bezahlt habe, läge an den „Verhältnissen“, die mächtiger gewesen seien als die Menschen. Er trage keine Schuld, wenn er die Waren zu billig erhalten habe, denn die Kaufbeamten seien verpflichtet gewesen, die Beträge rechtzeitig vom Gehalt abzuziehen. In der Urteilsbegründung wird ganz einseitig zugunsten des Oberstaatsanwalts Stellung genommen und mehrfach versucht, die Schuld von ihm auf untere und mittlere Beamte abzuwälzen. —

Ein Staat als Bettler.

Aus Paris wird uns geschrieben: Seit einigen Tagen beginnt man, an den Telegraphen-Schaltern verschiedener französischer Postämter ein blaueschild umrahmtes Schild anzubringen mit der Aufschrift „Freiwillige Spende für den Staat“. Die Gesichter der Beamten, die hinter den Schaltern sitzen, sehen zumeist nicht danach aus, als füllten sich die Kassen.

Denn tatsächlich stellt dieser freiwillige Staatspendenaufruf eine Bettelei des Staates dar, die keinen größeren Erfolg haben kann als alle übrigen Betteleien. Hinzu kommt aber diesmal noch, daß sie von den Finanzbehörden ausgeht, also von jemand, der als unheimlicher Onkelant schon bei allen Franzosen über angeführt ist. Daß man den Marschall Joffre zum Vorsitzenden des Spendenkomitees gemacht hat, zeigt viele nur ab, da es sich hier wirklich nicht um eine militärische Angelegenheit handelt. Wenn sich Militärs in zivile Fragen mischen, dann geht immer etwas schief.

Auf der Pariser Messe, die vom 3. bis 21. Mai abgehalten wird, soll sogar von der Ligue internationale du désarmement moral par les femmes (internationale Frauenliga für moralische Abrüstung) eine Broschüre verkauft werden dürfen, auf der ein Delphin mit der Unterschrift: „Vive Locarno!“ (Es lebe Locarno!) abgebildet ist. Sogar der Erlös dieses Broschürenverkaufs ist für das Komitee des Marschall Joffre bestimmt.

Am ersten Tage des staatlichen Bettens gingen ganze 400 000 Frank ein. Wenn man jeden Tag die gleiche Summe erbettelte und 2) Jahre sammeln würde, kämen 5 Milliarden Papierfrank zusammen. Frankreich braucht aber 300 Milliarden.

Daß nur Bettelbroschüren gegeben werden, zeigt die Spende der Monaco-Gesellschaft, die über viele Millionen immer zu verfügen hat, und die ganze 5000 Papierfrank gab. Die französische Sozialistische Partei hat eine Beteiligung an dieser staatlichen Geldsammlung abgelehnt und ge-

als „Bettelei“ in den Zeitungen gekennzeichnet. Leyten Endes bedeutet sie aber nur eine verkleidete Sonderbesteuerung des französischen Arbeiters. So mancher gibt vielleicht etwas in gutem Glauben, damit einer unbedingt patriotischen Pflicht Genüge zu tun. Aber dieses Etwas des Arbeiters bedeutet im Verhältnis zu seinem Gesamtvermögen eine Unmenge. Der Reichs spendet einige Brocken überflüssigen Geldes, die aus seiner Kasse mit solcher Leichtigkeit fließen, daß er den Verlust überhaupt nicht verspürt. Ein gutes Geschäft für ihn.

Aber selbst das erscheint einigen reichen Leuten noch zuviel des Guten für ihren Staat. So verbreitet sich in gewissen französischen Gegenden die Ansicht, daß der Arbeitgeber Ueberstunden des Arbeitnehmers zugunsten der Staatskasse forbert!

Mit derartigen Sammlungen ist Frankreich nicht bei seiner ersten Enttäuschung. 1792 erging es den vom damaligen Finanzminister Necker angeregten „patriotischen Geschenken“ ähnlich, und ebenso 1925 der Caillaux-Anleihe.

Der beste Beweis dafür, daß die Kreise, die am meisten für die freiwillige Spende für den Staat eintreten, selbst einen kläglichen Erfolg erwarten, liegt vielleicht darin, daß der Frank trotz Annahme eines ausgeglichenen Budgets weiter sinkt. Da ist es an der Zeit, daß man endlich einmal zu den von den Sozialisten seit langem vorgeschlagenen dringenden Maßnahmen finanzieller Gesundung greift: Kapitalabgabe, Einrichtung einer Devisenzentrale, strafrechtliche Verfolgung der Spekulanten und ein Kapitalfluchtgesetz. —

Sohn der Arbeit!

An deinem höchsten Feiertage dem 1. Mai gahst du deinen Brüdern den Schwur, für die Sozialdemokratie und ihre Presse zu werben. Halte dein Wort! Wirb für deine Partei und für die „Volksstimme“.

Burgenländische Schulschande.

Von der Gewerkschaft Deutschösterreichischer Lehrerbund wird uns geschrieben:

Als das Burgenland mit Oesterreich vereinigt wurde, glaubten seine Bewohner, wirklich zu Oesterreich zu kommen; aber es wurde nur ein Stück Balkan geschaffen. Kurz nach dem Anschluß hatte es zwar den Anschein, als ob Burgenland wirklich zu Oesterreich gehöre: im Landtag wurde ein freisheitliches Schulgesetz geschaffen; aber die Wiener Regierung wies es zurück. Alle Versuche, sie umzustimmen, alle Kämpfe der Lehrerschaft um eine rechtliche Stellung waren vergeblich. Die Merkmalen setzten mit einer starken Werbung im Burgenland ein und ganz besonders geschäftstüchtig erwies sich der Privatsekretär des Wiener Kardinals.

Im Burgenland herrscht die konfessionelle Schule nach ungarischen Gesetzen. Sieben Jahre ist das Land bei Oesterreich, hat aber noch nicht die österreichischen Schulgesetze und soll sie nie kriegen. Die Macht, um die sich in der burgenländischen Schule alles dreht, ist der Pfarrer. Er entscheidet über das Wohl und Wehe des Lehrers, der manchmal die Rolle des pfarrherrlichen Hausdieners spielt. Lehrer mit 18 Dienstjahren fliegen auf Pflaster, wenn es dem Pfarrer und der von ihm zusammengesetzten Behörde, dem Schulkollegium, paßt. Recht hat eben der Lehrer kein; die österreichischen Gesetze gelten im Burgenland nicht und die ungarischen sind nicht vorhanden oder werden von der Regierung nicht anerkannt. Das kann von einem Lande nicht wundernehmen, wo nicht immer die berufliche Tüchtigkeit, sondern die Fertigkeit im Vorbeten, Vorfragen und Orgelspielen die Anstellung des Lehrers bedingt.

Es ist klar, daß die Merkmalen solche Schulzustände zur Stärkung ihrer Macht brauchen, daß sie die burgenländische Schule in ganz Oesterreich eingeführt wissen wollen. So wird aus der burgenländischen Schulfrage die österreichische, aus der burgenländischen Schande die — österreichische. —

Notizen.

Anwertungsverständnis. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung zur Verhinderung eines Volksentscheides in der Frage der Anwertung ist von den zuständigen Ausschüssen des Reichsrats behandelt und fast einstimmig angenommen worden. Die Vollziehung des Reichsrats wird sich am Donnerstag erstmalig mit dem Gesetzentwurf beschäftigen. Man rechnet damit, daß die Entscheidung im Reichsrat am 11. Mai fallen wird. —

Jahres Anleihebescheinigungen? Die Anmeldeung des Anleihebescheinigungs zwecks Umtausch in Anleiheablosungsschuld, die bis zum 31. März geschehen mußte, läßt sich nurmehr übersehen. Sie beziffert sich auf 35 Milliarden Mark für 20 Milliarden. Die bei Beratung des Anleiheablosungsgesetzes von der Reichsfinanzverwaltung geschätzt worden waren. Die Anmeldungen haben also 15 Milliarden mehr ergeben. Nach den Vorschriften des Anleiheablosungsgesetzes bedeutet das einen Mehrumschuld für Tilgung und Verzinsung der Anleiheablosungsschuld von jährlich rund 60 Millionen auf 30 Jahre. Man glaubt, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß bei Kleinrenten und sonstigen Anleihebescheinigungen zahlreiche falsche Bescheinigungen für den Mißbrauch ausgestellt worden sind, und es sind daher eine Reihe Untersuchungen eingeleitet worden. —

Zusammenkunft bei Gerichtspräsidenten. Am Dienstag fand im preussischen Justizministerium die jährliche Zusammenkunft der Präsidenten sämtlicher preussischer Oberlandesgerichte und des Kammergerichtspräsidenten statt. Im Mittelpunkt der Ansprache stand die Frage der Regelung der Strafverfahren mit Bewährungsschutz. —

Die Reichsleiter der „Bayerischen“. Zu dem unter der gleichen Leberbezeichnung erschienenen Artikel in der gestrigen Nummer erfahren wir noch folgendes: Auf Grund der Meldung, daß eine Anzahl von Reichswehroffizieren an der von den „bayerischen“ in Berlin unter Führung des „Reichswehr“ veranstalteten „deutschen Feiertag des ersten Mai“ an der auch Prinz Wilhelm Friedrich anwesend war, teilnahm, hat das Reichswehrministerium eine Disziplinarmusterung gegen die in Frage kommenden Offiziere eingeleitet. Der Befehl der Feiertag war ganz abweichend davon, daß Veranstaltungen der „bayerischen“ in Berlin für die Reichswehr generell verboten sind, nach besonders unterjagt worden. —

Dänische Journalisten in Berlin. Eine Anzahl dänischer Journalisten, darunter auch zwei Sozialdemokraten, sind zu Studien und zur Entlastung lokaler Beziehungen in Berlin eingetroffen. Am Montagabend empfing der Reichsverband der deutschen Presse die Gäste in feierlicher Weise. Die Neben des Vorsitzenden, Landtagsabgeordneter Bader, des Reichsministers des Innern, Koll, des dänischen Gesandten Jørgen und eines der Gäste gebachten alle in herzlichen Worten des deutsch-dänischen Stammesbrüderlichkeit und der lebhaften geistigen und freundschaftlichen politischen Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern. —

Dänischer Sichtvermerk aufgehoben. Zwischen der deutschen und der dänischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkzwanges mit Wirkung vom 20. Mai 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkt an können Reichsdeutsche das dänische Staatsgebiet und Reichsdänen das deutsche Reichsgebiet über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimpasses ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 16 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnort oder dauernden Aufenthalt, bei Kindern über 10 Jahre mit einem Lichtbild versehen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig stark gespannte Lage des Arbeitsmarktes der beiden Länder müssen Angehörige des einen Staates, die im Gebiet des andern Staats ein Stellung antreten wollen, eine vor der Einreise bei der zuständigen Auslandsvertretung des Ziellandes zu beschaffende Bewilligung zum Stellenantritt haben. Der für Sammelpässe erforderliche Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt. —

Bomben an der Grenze. Aus Belgrad wird gemeldet, daß bulgarische Komitadschi in Strumitza an der jugoslawisch-bulgarischen Grenze ein Bombenattentat verübten, dem mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Die Komitadschi sollen in ein Gasthaus, das dem Führer einer ihnen feindlichen Organisation gehörte, als es gerade voller Gäste war, eine Bombe geworfen haben, die 17 Menschen verwundete und zwei tötete. Bei der Verfolgung der Täter wurde von ihnen gegen die Verfolger wieder eine Bombe geworfen, die mehrere Personen verwundete. Ein Soldat wurde von ihnen durch einen Nebalbergschuß getötet. Das Begräbnis der Opfer soll von seiten der Bevölkerung zu großen bulgarischen feindlichen Kundgebungen Anlaß gegeben haben. Wie verlautet, beabsichtigt das jugoslawische Ministerium, wegen des Vorganges in Sofia diplomatische Schritte zu unternehmen. —

Depeschen.

Zentrum und Demokraten machen nicht mit. Ab. Berlin, 5. Mai. Bei der improvisierten Konferenz, die heute nacht gelegentlich des Gesellschaftsabends bei dem Reichsaussenminister von den anwesenden Kabinettsmitgliedern und Parteiführern veranstaltet wurde, haben der „S. Z.“ zufolge die Vertreter der Demokraten und des Zentrums bei der Frage über die Einbeziehung der Standpunkte ihrer Fraktionen vertreten. Heute findet eine Kabinettsitzung statt, in der das Reichskabinet über die Situation, die durch den Bruch zweier Koalitionsparteien geschaffen ist, berät. —

Generalfreie und Internationale. Ab. Paris, 5. Mai. Der Vorstand des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes der C. G. T. hat gestern die Vertreter der ihm angeschlossenen Verbände zusammenberufen, um zu dem Generalfreie in England Stellung zu nehmen. Es ist der Freie mitgeteilt worden, sie forderten alle gemeinschaftlichen Organisationen auf, die Streikbewegung in England zu verfolgen und die notwendige Propaganda in ihren Wirkungskreisen zu entfalten, sich nicht zu Randern herzugeben, die das Gelingen der Bewegung der englischen Arbeiter beeinträchtigen würden.

Auch die Gewerkschaften Moskauer Richtung erlassen an die französischen Arbeiter einen Aufruf, in dem sie erklären, daß kein Kilo Kohle nach England transportiert werden dürfe. — Ab. Johannesburg, 5. Mai. Der südafrikanische Gewerkschaftskongress erhielt von der Imperbamer Internationale einen Aufruf um Unterstützung im Zusammenhang mit dem englischen Generalfreie. Der Gewerkschaftskongress fordert daraufhin alle südafrikanischen Arbeiterverbände auf, Vertreter zu einem nationalen Kongress am Donnerstag zu entsenden, auf dem über die zu befolgende Politik Beschluß gefaßt werden soll. —

Ab. Pittsburg, 5. Mai. Der Nationalkongress der nordamerikanischen Sozialistischen Partei faßte eine Entschlußung, in der die amerikanischen Arbeiter aufgefordert werden, ihr mögliches beizutragen, um den Sieg der englischen Vergarbeiter zu sichern. —

Verbot öffentlicher Umzüge in Paris. Ab. Paris, 5. Mai. Eine Verfügung des Ministeriums des Innern untersagt für das am kommenden Sonntag stattfindende Nationalfest zu Ehren der Jungfrau von Orleans in Paris alle öffentlichen Umzüge. —

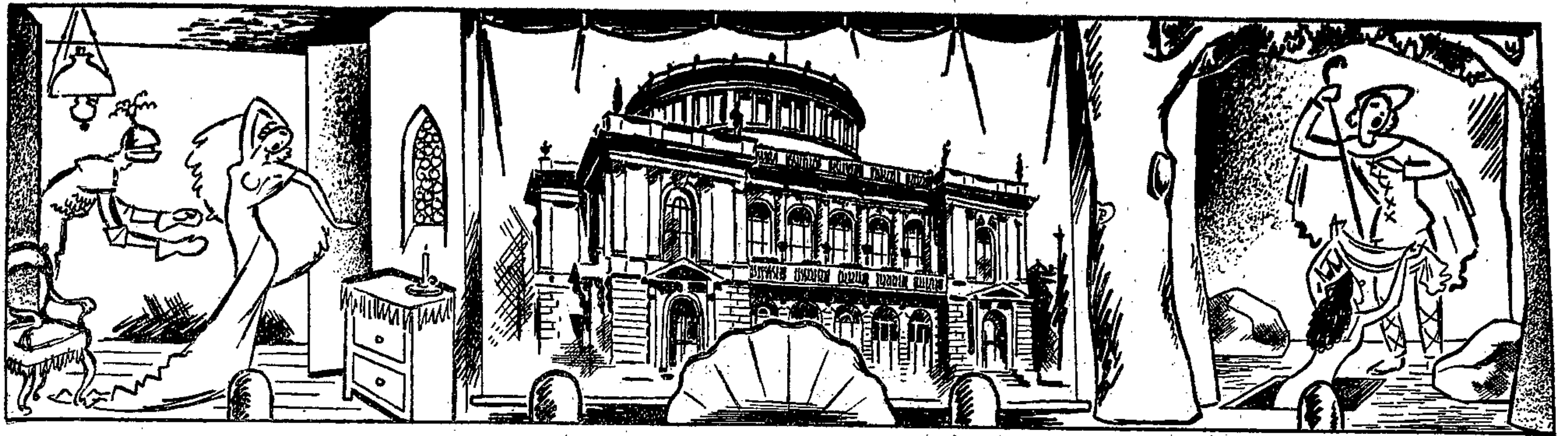
Kommunistische Kiberei. Ab. Paris, 5. Mai. Das „Journal“ meldet: 2000 Arbeiter einer Autofabrik in St. Ouen bei Paris seien gestern aus Sympathie für die Streikenden in England ihrerseits in den Ausstand getreten. Die Delegierten der Metall- und Maschinenindustrie, die der Streiküberwindung beimohnen, hätten versprochen, sich solidarisch zu verhalten und zu versuchen, die verschiedenen Gewerkschaften Moskauer Richtung in diese Bewegung hineinzuziehen. (Wenn jede Tude ihre eignen Sympathieumgebungen macht, fahren die internationalen Unternehmern am besten. Red. „S.“) —

Beisehung des Gefandten Pfeiffer. Ab. München, 5. Mai. Die Leiche des am Dienstag verstorbenen Gefandten Pfeiffer wird nach der am Mittwoch nachmittag im Südfriedhof erfolgten feierlichen Aussegnung am Donnerstag nach Treier überführt werden, wo voraussichtlich am Freitag die Beisehung im Familiengrab stattfindet. —

Neue Kämpfe in Marokko? Ab. Paris, 5. Mai. „Matin“ meldet aus Tanger, Eingeborne, die aus dem Rifgebiet gekommen seien, hätten erklärt, Abd el Krim habe befohlen, alle kriegstüchtigen Männer einzuberufen. Die hauptsächlichsten Krieger des Rifgebiets, die nach Tangier berufen wurden, seien eiligst wieder in ihre Bezirke zurückgekehrt. Starke reguläre Kontingente marschieren in der Richtung auf Tetan und Scharfautan. Mahad, der Sohn Kaimul, habe den Befehl über die im Gebirge wohnenden Dschehadis übernommen, Krimo den Befehl an der französischen Front. —

Wohnungsnot! Ab. Leipzig, 5. Mai. Der Kaufmann Jils, der gestern seine Wohnung in Anstaltsgebäude gemäß Gerichtsbescheid verlassen (S. 10) gab an die Gendarmenbeamten, als sie zur Öffnung der Wohnungstür aufforderten, mehrere Schüsse ab und verletzte einen Kommissar am linken Oberarm und einen Hauptwachmeister durch einen Faustschlag. Jils selbst wurde durch einen Faustschlag schwer verletzt. Jils selbst wurde durch Brandstiftung in Leipzig angeführt. —

Familien drama. Ab. Hamburg, 5. Mai. Nach einer Fälschung an der Kasse fand man dort den Bruchträger Bruch, seine Frau und seine drei Kinder tot auf. Bruch hatte seinen Kindern und seiner Frau nach Pettau durch Gas die Kehle durchgeschnitten und schloß sich selbst durch Einatmen von Gas vergiftet. Bruch werden die hiesigen Verhältnisse zur Last gelegt, die aber das Verbrechen nach nur gering sein sollen. —



50 Jahre Magdeburger Stadttheater.

In der Geschichte eines Theaters spiegelt sich die Geschichte der Stadt, der dieses Theater dient. Die Vergangenheit der Stadt Magdeburg ist wildbewegt, voller Höhepunkte und Tiefstände, sowohl im wirtschaftlichen wie im kulturellen Sinne. Deshalb bildet auch die Geschichte des Magdeburger Theaters eine kurvenreiche, oft unterbrochene Linie.

Während der eigentlichen Hochblüte der Stadt im späten Mittelalter ist von einem organisierten Theaterleben natürlich noch nicht die Rede gewesen. Dagegen wissen wir, daß die damals üblichen Mysterienspiele, Volksspiele (Hans Sachs) und Fastnachtsskizzen auch in der Elbestadt eine Pflegestätte fanden. Als Erzbischof, als Hochburg der Geistlichkeit wird Magdeburg wahrscheinlich schon in frühesten Zeiten „Totentänze“, Passionsspiele und szenenmäßig dargestellte Heiligenlegenden gesehen haben. Auch Komödiantentruppen mögen wegen der günstigen Lage der Stadt auf ihren Reisen oft hier eingekehrt sein. Viele der ersten „Dramenmanuskripte“ wurden in der Stadt der „schwarzen Kunst“ gedruckt, — die Rektoren der Domschule, besonders der als Dichter des „Frosch-Mäuskrieges“ bekannte Georg Kollenhagen, haben lateinische Komödien von ihren Schülern aufführen lassen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts kommen dann auch die englischen Berufschauspieler mit der „Shakespearebühne“ nach Magdeburg, — kurzum: das Theaterleben war bei uns damals, wie in allen deutschen Städten, regellos, willkürlich und ohne das Bewußtsein der Kultur- aufgabe.

Dann kam im 18. Jahrhundert die Zeit der vielen Hof- bühnen. Wenn diese ursprünglich auch nur dem Unterhaltungsbedürfnis und der Eitelkeit der Fürsten dienten, so erkannte man allmählich doch die erzieherische Bedeutung der Bretter. Durch die Gunst der Fürsten gewann auch die bis dahin verachtete Kunst der Komödianten Ansehen: die Schauspieler galten nicht mehr als Landstreicher und vernachlässigte Lachenspieler, sondern wurden als nützliche Mitglieder der Gesellschaft betrachtet. Auch Städte, die nicht Residenz waren, entwickelten Ehrgeiz nach einem eignen, ständigen Theater, — der Wohlstand der Bürgerschaft verlangte nach Unterhaltung, — die Entwicklung der Literatur forderte Bühnen, — das empfindsame Zeitalter brach an: man hatte in der Tat Bedürfnis nach Kunst und stülte es, indem man Theater gründete und in regen Betrieb setzte. So kam auch Magdeburg zu einer eignen Bühne, dem sogenannten Nationaltheater, das nach Plänen des anhaltischen Hofarchitekten Freiherrn v. Erdmannsdorff als Haus Breiter Weg 134 in der Dreieckstraße im Jahre 1796 erbaut wurde. Es war zunächst Privatunternehmen einer Aktien- gesellschaft, unterstand aber doch schon dem Magistrat. Man spielte mit Erfolg Schauspiel und Oper bis zur Franzosenzeit. Dann aber mußte das Theater zum erstmaligen staatlichen Zuschuß erbitten, ohne jedoch die alte künstlerische Höhe wieder zu erreichen.

Der Oberbürgermeister Franke gründete dann im Jahre 1828 eine neue Aktiengesellschaft und brachte das Theater wieder in städtische Regie. Man war ehrgeizig genug, das Institut zu einer Musterbühne machen zu wollen, aber das Magdeburger Publikum ließ schon damals kein Theater im Stiche, so daß es immer wieder verpachtet werden mußte. Trotz des häufigen Wechsels in der Direktion brachte das Nationaltheater manche gute, ja vorbildliche Aufführungen heraus, ohne jedoch damit den Bestand der Bühne sichern zu können. In den Jahren 1834 bis 1836 wirkte Richard Wagner als Kunstdirektor in dem Haus an der Dreieck- straße. Seine Wirksamkeit war ebenso unruhig wie das Niveau des Theaters damals, das sich auch für lange Zeit nicht heben sollte.

Nach dem Kriege 1871, in den „Gründerjahren“, er- reichte auch Magdeburg wieder eine wirtschaftliche Hochblüte. Man ging daran, statt des alten, räumlich unzulänglich ge- wordenen Hauses ein neues Theater zu bauen. Es wurde das heutige Stadttheater in der Otto-von-Guericke- Straße mit allen Errungenschaften der damaligen Theater- technik nach Plänen bewährter Nachleute errichtet und am 6. Mai 1876 mit Goethes „Egmont“ eröffnet.

Die Leitung des Stadttheaters wurde einem Direktor übertragen, dessen Wirksamkeit von einer Art magistrat- lichen Aufsichtsrat überwacht wurde. Bald mußten städtische Zuschüsse geleistet werden, bis man sich im Jahre 1880 ent- schloß, das Theater zu verpachten. Der erste Pächter von Be- deutung war der ehemalige Leiter des Stettiner Stadt- theaters Adolf Lorenz, der vom Schauspiel kam. Ihm folgte 1891 Arno Cabbius, etidem Opernsänger und Regisseur. Nach dessen Tod im Jahre 1908 führte seine Frau

die Direktionsgeschäfte. Nach ihr amtierten mit wenig Glück zwei Männer, die das Theater reichlich ramponiert hinter sich ließen und verschwanden.

Im Jahre 1913 wurde dann Heinrich Vogeler Direktor. Auch er kam vom Schauspiel her, kannte die Magdeburger Theaterverhältnisse aus seiner Charakter- spieler- und Oberregisseurstätigkeit in den Jahren 1908 bis 1910. Er fand die Unteilnahme und die Unterstützung der Gesellschaftskreise, die ja in erster Linie damals als „Stützen“ des Theaters in Frage kamen. Das Ansehen des Theaters und auch seine geschäftliche Lage hoben sich. Der Krieg kam und mit ihm eine — gute Zeit für Theater- und Konzert- wefen. Das klingt sonderbar, entspricht aber den Tatsachen. In diesen Jahren moralischer und ethischer Zerrüttung war in den Menschen ein fast unstillbares Bedürfnis, Ablenkung, Zerstreuung zu suchen. Darum waren die Theater fast immer gefüllt. Spielplanfragen gab es damals auch nicht, die Theaterbesucher nahmen alles dankbar hin, was ablenken konnte von dem Jammer dieser Tage.

In der Nachkriegszeit wurde das Theater, das bis dahin an die Direktoren verpachtet war, in städtische Regie ge- nommen, aus dem Direktor wurde der Intendant. Im Jahre 1920 wurde von der Stadt das Wilhelm- Theater gepachtet. Unter der Leitung des Intendanten fanden nach diesem Beschluß drei Theater: Stadttheater, Wilhelm-Theater und Viktoria-Theater. Die alte Kunstballe auf dem Berber, das Viktoria-Theater, wurde allerdings im Laufe der Jahre wieder stillgelegt. Erst in diesem Sommer soll neues Leben dort einziehen. Die Mitteldeutsche Aus- stellungsgesellschaft veranstaltet eine Reihe Vorstellungen, die literarisch von größter Bedeutung sein werden.

Ein halbes Jahrhundert haben wir nun das Stadt- theater. Es hat sich, wie fast alle Hof- und Provinzbühnen, bald zu einem bürgerlichen Repräsentations- theater entwickelt, das die eigentlich bildungsbedürftigen und bildungshungrigen Bevölkerungskreise angeschlossen hat. Durch die Anreizsahende wurde die Exklusivität der Besucherzahl vermindert. Die charakteristische Geschmacks- bildung des bürgerlichen Publikums bedingte ein immer stärkeres Hervortreten der Oper, so daß wir gegenwärtig vom Stadttheater eigentlich nur noch als von einer Oper- bühne sprechen können. Dieser Umstand ist bedenklich, um so bedenklicher, als auch das Wilhelm-Theater infolge seiner räumlichen und technischen Unzulänglichkeit keinen Erfolg für den Verlust an großen Schauspielen bieten kann. Ein Stadt- theater, noch dazu ein so kostspieliges, muß mit rein künst- lerischen Talenten, mit Pflege der großen Dichtung seinen kulturellen Zweck beweisen. Wir hoffen immer noch, daß auch unser Jubiläum sich seines wahren Zweckes besinnt und im Laufe der Zeit doch noch zu dem wird, was er eigentlich schon lange sein sollte: ein Volkstheater. Und nur, weil wir das unentwegt hoffen, gehen wir mit dem Theater durch dick und dünn. Also Glückauf!

Kunst und Zeitgeschehen.

Der Feinschnitt, die anlässlich des Theaterjubiläums er- schienenen Hefen, gibt Oberbürgermeister Peimß ein Geleitwort, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Schon immer ging die Kunst nach Brot; heute sind aber der Fundamente der Theaterkunst erschüttert. Ein neues Reich ringt nach Gehaltung, aber die Lebenden sehen noch nirgends die klare Linie der Entwicklung. Nirgends tritt der große, be- herrschende Gedanke, der es vermöchte, sich durchzusetzen, klar hervor. So begeht unser Stadttheater sein Jubiläum in einer Zeit der Gärung.

In solcher Zeit sollten alle mit Energie und Selbstbehau- dung daran arbeiten, die noch vorhandenen Werke vor dem Ver- fall zu schützen. Wichtig ist die Kritik — wenn sie auch noch so viel geizt —, die nicht mit den harten Tatsachen, mit der Wirklichkeit rechnet; dann ist sie nichts anderes als die Verfa- mung des eignen geistigen Unvermögens oder der Anschaulichkeit.

Wir sehen, wie die Sichtbildeater dem alten Schauspiel, der Oper, auch den rein musikalischen Veranstaltungen die Besucher entziehen. Der erlesene Radio- und Fernübertra- gung.

Ungewöhnlich ist die Zeit. Kulturauffassung und Kultur- genuss wechseln. Und diesem Wechsel ist alles unterworfen, was Menschenkunst geschaffen. Wir leben in der Zeit dieser Um- kehlung der Kulturauffassungen und Kulturgewisse. Gemäß: die Kunst ist „ewig“ wie die Menschheit. Aber wer vermöchte voraus- zufragen, welche Wesensänderungen die Kunst in wenigen Jahr- zehnten aufzuweisen hat? Erst wenn diese Epoche im wesent- lichen abgeschlossen ist, sind ihre Einzig- und erstgebend.

Wenn wir ermüdet, von Enttäuschungen zerquält oder voll Erwartung über das uns bevorstehende Erleben dem Stadt- theater zueilen, um Erholung oder edelsten Genuß zu suchen, dann wollen wir dankbar der Künstler gedenken, die nimmer vergagen, sondern tapfer weiterarbeiten an ihrer Kunst, an sich selber in dem Streben, die Höhen zu erreichen, auf die Magde- burg vermöge seiner Bedeutung im neuen Deutschland An- spruch hat. —

Kunstpfllege der Stadt.

Die städtischen Theater, die Hauptstütze der gemeinnützigen Theater, sind Einrichtungen, die ausschließlich in deutschen Kultur- ländern bestehen. Sie sind auch tatsächlich nur auf deutschem Kulturboden denkbar. Denn ihre Existenz hängt aufs engste zu- sammen mit dem rein deutschen Begriff vom Theater als Bil- dungsstätte, als Stätte zu ethischer und ästhetischer Fortentwic- lung, zu geistiger und seelischer Erhebung, als Glied der Haupt- bildungsfaktoren unter: Nation, als gleichwertige Ergänzung zu Schule und Museum.

Das Schwergewicht des städtischen Theaterwesens in Magde- burg liegt beim Stadttheater. Seine Erbauung vor nunmehr 50 Jahren durch den Theater-Mitnereverein unter Förderung der damals 100 000 Einwohner zählenden Stadt war eine beachtens- werte Leistung. Das Stadttheater Magdeburg erfreute sich von jeher eines guten Rufes als leistungsfähiges Theater einer Provinzialhauptstadt.

Das Jahr 1920 brachte die erste grundlegende Änderung des städtischen Theaterbetriebes, die Uebernahme in städtische Regie unter Leitung eines städtischen Intendanten. Der Kostüm-, Waffen- und Dekorationsfundus der bisherigen Direktoren des verpachteten Theaters wurde von der Stadt erworben und von Jahr zu Jahr erheblich ergänzt. Durch die Konzentration des ge- samten Bühnen- und Verwaltungsapparates im Bereich der städti- schen Verwaltung wurde die Einheitlichkeit der Entwicklung gesteigert.

Einen weiteren bedeutsamen Fortschritt in dieser Entwicklung bedeutet die Gewinnung des bisherigen Wilhelm-Theaters als zweite städtische Bühne. Die bekannten Nachteile der bisherigen Uebung, Oper und Schauspiel in einem Hause abwechseln zu lassen — Spielplan- und Probebeschwierigkeiten, Unrentabilität, zeitweiliges Ertrüben der einzelnen Kräfte u. a. — hatten schon früher wiederholt den Gedanken, ein zweites Haus zu erwerben, nahegelegt. Der städtischen Verwaltung ist es gelungen, 1922 zu- nächst einen Nachvertrag mit dem Eigentümer des Wilhelm- Theaters abzuschließen. Das Wilhelm-Theater wurde fortan in erster Linie das Heim des Schauspiels, das Stadttheater die Stätte der Oper. Doch fanden auch fortan in allgemeinen an einem Tage der Woche im alten Hause Schauspielvorstellungen statt, vornehmlich um das große Drama, das an Raum und Entfal- tung der Kräfte größere Anforderungen stellt, an der ihm ge- bührenden Stelle zu pflegen. Damit wurde zugleich die bei der heutigen Zusammenziehung des Orchesters und des Orchesterpersonals nötige Entlastung dieser Künstlergruppen erreicht. Inzwischen ist das Wilhelm-Theater-Grundstück in das Eigentum der Stadt übergegangen.

Eine dritte städtische Bühne, das Viktoria-Theater, ist als Sommertheater aus räumlichen und betrieblichen Gründen außer Betrieb. Es schweben Erwägungen, auf dem Ausstellungslande ein Sommertheater wieder entstehen zu lassen, das für den Besuch wesentlich günstiger gelegen wäre.

Eine einschneidende Änderung des Opernbetriebes bedeutete die 1924 geschaffene Stellung eines Generalmusikdirektors, der nunmehr gemeinschaftlich mit dem Intendanten die gesamte künst- lerische Verantwortung für den Opernbetrieb hat. Daneben liegt dem Generalmusikdirektor die Pflege des städtischen Musiklebens durch Leitung von 12 Sinfoniekonzerten des aus 60 Musikern be- stehenden Stadttheater-Orchesters im Stadttheater ob.

Die wirtschaftlichen Fragen des Theater- und Operen- betriebs wurden durch ein Magistratsmitglied bearbeitet, das in wichtigen Fragen an die Mitwirkung eines Verwaltungsaus- schusses der städtischen Körperschaften gebunden ist.

Den finanziellen Rückhalt des Stadttheaters bildet das An- zeichensystem. Die Zahl der Anzeichensstellungen (Oper und Schau- spiel) der städtischen Theater umfaßt für die Spielzeit von 10 Monaten 370 Abende, die in 9 Serien von je 30 Abenden auf- geteilt sind. Die Vorstellungen finden in der Zeit vom 1. Sep- tember bis zu Ende Juni des folgenden Jahres statt. Der einen Anzeichensplatz für eine der 9 Serien (1. bis 9. Abend) zuzieht, ver- pflichtet sich für die ganze Spielzeit.

Im Wilhelm-Theater (Schauspielhaus) finden, abgesehen von wenigen öffentlichen Vorstellungen, in der Hauptsache geschlossene Vorstellungen für Mitglieder von zwei großen, über ganz Deutsch- land sich ausdehnenden Besucherverbänden statt, die sich die Schaffung von Theatergemeinden zur Sonderaufgabe gemacht haben. Das ist der christlich deutsche Bühnenvolksbund und der Verband der freien Volkstheater. Die Pflicht einer städtischen Bühne unterscheidet sich wesentlich von denen eines Privatunter- nehmers, für den bequeme Möglichkeit besteht, seine Leistungen kurzweilig nach Angebot und Nachfrage zu regeln. Ein Stadt- theater muß sich als vornehmstes Ziel setzen, der lebendigen ge- meinsamen Gegenwart zu dienen. Es ist die wohlverdiente Förderung des Tages, jedes christliche Theaterinteresse zu sichern und der eignen Entwicklung fruchtbar zu machen. Daß bei dieser Zusammenarbeit die Leitung bei der Bühne bleiben und nicht in die Hände einer mehr oder minder starken Theatergemeinde ge- raten darf, ist selbstverständlich.

Auf die Schaffung des Spielplans im einzelnen sollen viele berechnete Wünsche einzuwirken. Das Erbe der Alten zu hüten, das Recht der Jungen zu achten, die Wege zu bahnen, die andere, die unterhalten, die Straße der Künstler, die ihren Ruf und ihren

Boden- und Wohnungsreform.

Die Diensttagssitzung des Reichstags wird um 3/4 Uhr eröffnet. — Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Präsident dem am Montag in München gestorbenen deutschen Gesandten in Oesterreich, Dr. Pfeiffer, einen herzlichen Nachruf.

Der Gesetzentwurf über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handelsreisender in Dänemark wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung des mündlichen Berichts des Ausschusses für Wohnungswesen über den demokratischen Antrag auf Vorlegung eines Bodenreformgesetzes.

Der durch eine Anzahl von recht abenteuerlich klingenden Pressemeldungen in die Äffäre der Fememorde verwickelte deutsche nationale Landtagsabgeordnete Zahnke stand am Dienstag vor dem Femeauschuss des Preussischen Landtags.

Die Frage des demokratischen Abgeordneten Kiesel, welche Stelle Zahnke den damaligen Auftrag erteilt habe, wird von dem Abgeordneten Roth (D. Vpt.) beanstandet. Abgeordneter Kiesel (Dem.) erwidert, diese Beanstandung genüge ihm.

Die Frage, ob Zahnke an Bestrebungen zur Ermordung der Minister Strejmann und Sebering teilgenommen habe, verneint Zahnke. Ueber die Frage des Abg. Kiesel, ob Zahnke an bestimmten Sitzungen teilgenommen habe, die zur Beilegung der beiden Minister führen sollten, erwidert Zahnke, er habe in der letzten Zeit keine Besprechungen mit ihm gehabt.

Die Reichsregierung hat ihr Einverständnis mit dieser Ordnung der Frage gegeben, auch sei der Meinung, daß es höchste Zeit sei, die Durchführung des in dem Antrag niedergelegten Planes zu beginnen. Der Reichstag muß sich jetzt einmütig gleichfalls dafür erklären.

Abg. Dr. Steiniger (Dt.-natl.) stimmt der Entschließung des Ausschusses zu, wendet sich aber gegen den Ausschussantrag, weil ihm der Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium unzureichend erscheine.

Abg. Hünneberg (Dem.) weist auf die große Bedeutung der Bodenfrage für die gesamte Bevölkerungspolitik hin, der Boden sei keine Ware, er dürfe deshalb nicht unter das Warenrecht gestellt werden.

Abg. Dr. Bredt (Birtsch. Vgg.) meint, daß man diese Dinge nicht durch Gesetze regeln könne, sie müßten der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Kardinalfrage sei, daß Wohn- und Arbeitsstätten heute nahe beieinander liegen und dadurch die Preise für Siedlungsbedürfnisse in die Höhe getrieben werden.

Abg. Geiffert (Doll.) stimmt den Grundgedanken des Antrages zu, bevor man aber keine Wohnreform hat, könne etwas Grundlegendes nicht geschaffen werden.

Abg. Bepthien (D. Vp.) behauptet, daß die Bodenreform in den letzten Jahren immer mehr zum Zummelpfad von Theorien geworden sei und sich von realen Leben entfernt habe.

Abg. Böh (Komm.) stimmt den Ausschussanträgen zu.

Abg. Tremmel (Bz.) erklärt, daß die Zentrumskolonien nicht gegen die Aushebung der Erwerbswirtschaft im Wohnungswesen sei, wenn man den Arbeitern und Angestellten das Mehrerhalten garantiere, das für die erhöhte Miete notwendig sei.

Abg. Schirmer (D. Vp.) stimmt dem Antrag des Wohnungsausschusses zu. Damit ist die Aussprache beendet. Die Abstimmung über den Ausschussantrag wird Mittwoch vorgenommen. — Weiterberatung Mittwoch.

Sinternänner der Fememörder.

Der durch eine Anzahl von recht abenteuerlich klingenden Pressemeldungen in die Äffäre der Fememorde verwickelte deutsche nationale Landtagsabgeordnete Zahnke stand am Dienstag vor dem Femeauschuss des Preussischen Landtags.

Zahnke war vorgeworfen worden, daß er als deutscher Agent in den Vereinigten Staaten durch Sabotageakte in der Kriegszeit die Beziehungen zwischen Deutschland und der nordamerikanischen Union so sehr verschärfen half, daß der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg nicht zum mindesten ihm und seiner Sabotageorganisation zu danken war.

Die Frage des demokratischen Abgeordneten Kiesel, welche Stelle Zahnke den damaligen Auftrag erteilt habe, wird von dem Abgeordneten Roth (D. Vpt.) beanstandet. Abgeordneter Kiesel (Dem.) erwidert, diese Beanstandung genüge ihm.

Die Frage, ob Zahnke an Bestrebungen zur Ermordung der Minister Strejmann und Sebering teilgenommen habe, verneint Zahnke. Ueber die Frage des Abg. Kiesel, ob Zahnke an bestimmten Sitzungen teilgenommen habe, die zur Beilegung der beiden Minister führen sollten, erwidert Zahnke, er habe in der letzten Zeit keine Besprechungen mit ihm gehabt.

Erst auf den energigsten Protest der Linksparteien nahm Dallmer diese Beschimpfung der Presse zurück.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Protest gegen die Stillelegungen.

Eine Konferenz von Vertretern des Bergarbeiterverbandes, Führern der Sozialdemokratischen Partei des westlichen Westfalens und Abgeordneten des Ruhrgebietes beschäftigte sich mit dem System der Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet, das sich zu einem wirtschaftspolitischen Skandal ersten Ranges auswächst.

Da der Reichstag Ende der vergangenen Woche einen Antrag angenommen hat, der die Einsetzung eines parlamentarischen Stillelegungsausschusses mit den entsprechenden Befugnissen fordert, verlangen Gewerkschaften und Partei des Ruhrgebietes, daß der Reichswirtschaftsminister unerbittlich zu dem Antrag Stellung nimmt und dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf unterbreitet.

Größtes Aufsehen ruft im Ruhrgebiet besonders die bevorstehende Stilllegung der Zeche „Gladbach Segen“ herbor. Sie ist von Vertretern der Bergbehörde und der Regierung Arnberg bereits genehmigt worden, trotzdem die Zeche im Jahre 1925 einen Durchschmittgewinn von 1,20 Mark pro Tonne erzielte.

Verzögerter Zusammenstoß.

Die die „Korrespondenz“ mittels, haben sich die Verhandlungen auf Abschluß eines Kartells zwischen den Eisenbahnerverbänden verzögert. Der Hauptvorstand des

Zentralgewerkschaftsbundes Deutscher Metall-, Bahnbau- und Anwärter hat auf seiner gegenwärtig stattfindenden Tagung beschlossen, den anderen Organisationen mitzuteilen, daß er die Gründung des geplanten Kartells gegenwärtig nicht für möglich halte. Er hat sich dagegen bereit erklärt, in anderen Fragen mit den übrigen Gewerkschaften von Fall zu Fall zu verhandeln und die Einsetzung eines Geschäftsausschusses vorgeschlagen, dem Vertreter aller Eisenbahnerorganisationen angehören sollen.

Wie uns von freigezwergschaftlicher Seite dazu mitgeteilt wird, stimmt leider diese Meldung. Es sei insbesondere zwischen den Vertretern der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und den Vertretern des Zentralgewerkschaftsbundes zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der vom Zentralgewerkschaftsbund lancierten, gegen die anderen Eisenbahnerverbände gerichteten Presseberichte gekommen. Darauf sei nun ohne Angabe von Gründen die erwähnte Mitteilung erfolgt.

Wir können diesen Beschluß nur als tiefe Bedauern. Statt einen Schritt vorwärts zur unumgänglich notwendigen Einigung zu machen, ist mit diesem Beschluß ein bedenklicher Schritt nach rückwärts erfolgt.

Nachrichten aus der Provinz.

An die Ortsvereinsvorstände!

In den nächsten Tagen geht sämtlichen Ortsvereinen „Die Partei“ zu. Wir ersuchen die Ortsvereinsvorstände bzw. die Kassierer, das Material so zeitig an die Unterfertigter auszugeben, daß diese am Sonntag den 9. Mai die Verteilung vornehmen können. Das Bezirkssekretariat.

Mitteldeutsche Heimstätte.

Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. für die Provinz Sachsen und Nachbargebiete hielt im Oberpräsidium zu Magdeburg ihre ordentliche Gesellschafter-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung standen als wichtigste Punkte der Bericht über das Geschäftsjahr 1925, die Erhöhung des Gesellschaftskapitals und die Stellungnahme zum Beleidigungsprozeß gegen den „Holzmarkt“.

Der Geschäftsbericht gibt über die Tätigkeit der Gesellschaft, über das Wesen, den Zweck und die Aufgaben der Mitteldeutschen Heimstätte sowie über die bisherigen Leistungen der Gesellschaft Auskunft. Die Gesellschaft, die unter der Aufsicht des preussischen Staates steht, der an ihrem Gesellschaftskapital etwa zur Hälfte beteiligt ist, betrachtet es als ihre Aufgabe, innerhalb ihres Arbeitsbereiches den Kleinwohnungsbau in jeder Hinsicht zu fördern, und übernimmt zu diesem Zweck auf Wunsch des Bauherrn sowohl die finanzielle, als auch die technische Betreuung von Bauborhaben.

Unter der Treuhänderschaft der Mitteldeutschen Heimstätte sind erstellt worden: 1922 709 Wohnungen, 1923 516, 1924 665 und 1925 1085, zusammen 2975 Wohnungen. Im Bau begriffen waren am 31. Dezember 1925 weitere 772 Wohnungen. Die Zahl der betreuten Bauborhaben beläuft sich demnach auf insgesamt

3747 Wohnungen, wobei die zahlreichen Fälle, in denen die Tätigkeit der Gesellschaft nur vorübergehend in Anspruch genommen wurde, nicht mit berücksichtigt sind.

In Hypothekengeldern hat die Heimstätte für die von ihr betreuten Bauborhaben beschafft: 1924 rund 4,4 Millionen Mark, 1925 rund 8,2 Millionen Mark. Annähernd die Hälfte dieser Beträge hat die Heimstätte jeweils zur Zwischendifinanzierung der Bauten beibringschafft.

Es sind dies Zahlen, auf die die Heimstätte in Anbetracht der großen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Kleinwohnungsbau in den vergangenen Jahren zu kämpfen hatte und heute mehr denn je zu kämpfen hat, mit Befriedigung zurückblicken kann. Ohne die Mitwirkung der Heimstätte hätte ein großer Teil der errichteten Bauten infolge Mangels an Zwischenkrediten überhaupt nicht durchgeführt werden können. Es darf daher gesagt werden, daß die Mitteldeutsche Heimstätte sich nicht nur als nützlich, sondern als unbedingt notwendig für den Kleinwohnungsbau in der Provinz Sachsen erwiesen hat.

Um ihren Aufgaben auch fernerhin gerecht werden und allen Anforderungen genügen zu können, die hinsichtlich der Ge-

Der Brandstifter.

Roman von Bertold Luerbach.

Illustriert von Rudolf Bethge

(31. Fortsetzung.)

Der junge Kübler drängte zur Trennung, da es Tag zu Tag werden begann. Diethelm reichte beiden wohlgenut die Hand, und der Better entschuldigte sich noch, daß er sich nicht gleich auf alles besonnen habe; der Schrecken beim Brand habe ihm alles weggeschwemmt, aber jetzt wisse er jedes Wort. Diethelm sah dem Better schon ins Gesicht, um zu erwidern, ob ihn der anzügliche Schelm nicht verhöhne, aber der Better sah in der Tat mitleidig und trauernd.

Als die beiden fort waren, sprach Diethelm die Dinge hinter ihnen heraus und sprach dann in sich hinein: Wenn Schicksal der Menschen sind nichts als Plünde und Vagabunden; sie reden, und tun, wie man sie anlernt, und schwören dann Strafen und Pein, daß das aus ihnen selber kam. Alle, die oben dran sind und über andre herrschen, versuchen nur die Kunst, die Menschen glauben zu machen, was ihnen gut dünkt, und je mehr das einer vermag, um so größer ist er und sieht die Welt am besten.

Mit einem erhabenen Heldengefühle legte sich Diethelm abends zum Morgenschlafe nieder. Als die Stadtpfeifer wieder bliesen, suchte er sich zu beruhigen, daß das eine Musik zu seiner Unterhaltung sei, und öffnete unangenehm ihre Melodien nach. Diethelm glaubte schon am heutigen Tag freigelassen zu werden, aber vergebens. Er wurde nachmittags noch einmal zum Better geführt, der Trauerweber hatte richtig sein Stillelein geteuer abgekauft, aber es war doch ein Ton durch, der Diethelm nach viel zu schaffen machte, nämlich die Kunde von seinem heftigen rasche, unvorsichtige Umstände. Diethelm hatte hienowohl gedacht, unvorsichtige Umstände. Diethelm hatte hienowohl gedacht und hätte dem Better gern Werbung gegeben, aber er wagte nicht, wie er das verdächtige bewertungsfähiger sollte, und hoffte auch, daß davon gar keine Rede sein würde. Anfangs schmerzte, dann aber immer sicherer erklärte Diethelm, daß er dem Tod seiner Stiefmutter nicht so bald erwidert habe und nun bereit sei, was seine Frau nicht ganz offen zu lassen und die Dinge selber haken zu lassen. Verfügt, warum er dann nicht nach dem Kaiserhof gehen sei, erklärte er jetzt: er habe sich das nicht so überlassen, er sei vom Scheitern zu sehr überzeugt gewesen; dann aber jetzt er hätte, er habe erwartet, seine Frau sei gleich nach dem Tode heimgekehrt und er habe sie dort trauern wollen. Weiter betrug er es kamme, daß der Tod seiner Stiefmutter ihn so furchtbar ergriffe, sah er eine Weile schen vor sich nieder, dann erhob er sein Antlitz und sagte:

„Ich hätte nicht geglaubt, daß man mich das fragen darf, aber ich seh schon, wer einmal, und sei er noch so unfähig, im Verdacht steht, muß auf alles antworten. Nur denn, es ist ein etweder tief auf und sieht dem zu.“ So wußte denn, „ich hab ja keinen Grund, aber meine Frau hat's nicht zu geben und hat mich selber getötet.“

Eine Pause entstand, der Kübler schrie, und der Richter, betroffen von dem schmerzvollen Ton Diethelms, hielt eine Weile mit Fragen inne. Diethelm aber fühlte einen inneren Schreck, als ob man ihm ein Stück aus dem Herzen reiße; es deutete ihm, als schände er seine Gansbere und alle Schwachheit, da er auch dieses dem Protokolle anvertraute; er hatte so sorglich keine Ganz-ehe gewahrt, und jetzt hatte er sie preisgegeben und noch dazu mit einer geistlichen Ehe, denn die Hochzeitsfeier war schon seit Jahren nicht mehr für ihn auf der Welt. Diethelm fühlte jetzt zum erstenmal, wie das Verbrechen seinen reinen Niederschlag an dem Menschen läßt, wie es alles mit sich hinwegjagt; er erhob den Blick lange nicht, es war ihm, als jähne seine Frau vor ihm, und er konnte sie nicht anschauen. Hatte er erst gewußt, daß er sie auf demselben Stuhle verriet, auf dem sie ihm zuliebe ihr Gewissen gewascht!

„Das tut mir am wehesten, daß ich das hab jagen müssen,“ war er endlich mit tiefemermüdetem Tone. Der Richter beruhigte ihn, daß das niemand erzähle, er war aber Inquirient genug, die weiche Stimmung Diethelms zu benutzen und mit veränderten Fragen nach einmal das ganze Verhör von vorn zu beginnen. Schloß auf Schloß gingen die Fragen. Der alte Schieferle war diesen Vormittag auch wieder im Verhör gewesen, und im Schmerz um den Tod seines Sohnes, den er rächen zu müssen glaubte, hatte er sich kein Gewissen daraus gemacht, seinen Anklagen eine noch entschiedenere Fassung zu geben, und daß Richard geradezu die Worte besprach, die Diethelm ausdrücklich zur Freisprechung festgesetzt habe, wenn es ihm gelänge, seine Frau aus dem Hause zu bringen. Der alte Schieferle hoffte, daß es vielleicht gelänge werde, Diethelm zu einem Geständnis zu überreden, wenn man ihm bestimmte Tatsachen vorhielt, und gleiches erwartete auch der Richter. Diethelm merkte bald, was vorging, und war wiederum schnell gewarnt und berief sich in dem meisten Antworten einfach auf seine geringen Ansätze.

Nicht mehr stolz, innerlich geknickt, sah Diethelm in seinem Gefängnis; er wachte wohl, daß sich ein Punkt aufgehen, was dem er in den Grund gedrückt werden konnte. Jetzt hat er den jungen Kübler, der in der Verurteilung der Gefangenen seinem Vater beistand, ihm noch eine Unterredung mit dem Wächterwirt zu verschaffen; aber der junge Kübler war dessen eingedenk, wie Diethelm ihn mit Andank angefahren und sogar gedroht hatte, ihn zu verraten; er blieb trotz aller Schmeicheleien unerbittlich, und Diethelm, dessen Furcht vor einem Richter noch größer war als die vor dem Gericht, fand sich endlich drein, alles geschicklich zu lassen, wie es sich von selbst machte; ja, es gab Zeiten, in denen er so zerküßert war, daß er die Entdeckung wünschte, nur um dieser schwebenden Qual entboden zu werden. So zerküßert er aber auch in der Einsamkeit des Gefängnisses war, so demüthigt und fast erlöset er jedesmal vor dem Richter; schon die Stimme desselben erweckte ihn zu Mut und Trost, und bald zeigte sich, daß die ungeschicklichen Verbindungen zwischen allem Gefängnis mit ihm klar waren, den andern jetzt alles zusammenhängend.

Dies sollte sich besonders heraus, als der Amtverweiser die Freisprechung der Unternehmung dem neu beauftragten Richter übergeben hatte, und er sagte, daß ein neuer in Anklage genommen

Nam Diethelm verblüfften und verwirren würde; aber gerade das Gegenteil war eingetreten: dem fremden Ranne gegenüber, der ihn nie weid gesehen hatte, fühlte sich Diethelm doppelt stark, und bei manchen Fragen zeigte Diethelm sein Hebergewand, indem er sagte: das hab ich im Protokoll von dem und dem Datum schon angegeben; seine Gewandtheit im Kopfrechnen kam ihm jetzt in anderer Weise zustatten. Diethelm dachte gar nichts mehr als sein Verhör, er wendete es nach allen Seiten, und wenn er antwortete, sprudelte er die Worte so sicher herbor, als würden sie vor ihm geschrieben.

Zwangigstes Kapitel.

Ein Säuber und eine Gerichte.

In der Rost lebte Franz mit ihrer Mutter still und einsam. Frühmorgens gingen sie täglich nach der Kirche, wo die Mutter immer so zerküßert betete, dann ging es jedesmal hinaus nach dem Gefängnis, um von dem alten Kübler zu erfahren, wie sich der Vater befinde; er gab in der Regel einformig guten Bericht, nahm bisweilen auch Geschenke an, ließ sich aber nicht herbei. Diethelm irgendeine Nachricht zu bringen, und so waren Mutter und Tochter von ihm wie durch Wasser geschieden. Von dem einzigen Anhang abgesehen, lebten sie selber wie in Gefangenschaft; die Mutter sah in der Mitte der Straße und span, obgleich sie immer klagte, daß ihre Erimfinger wie abgestorben seien. Sie hatte nicht Lust, bei der Arbeit manchmal hinauszufragen nach den Vorübergehenden, sie konnte niemand und wollte niemand kennen, und oft, wenn sie eine volle Spindel abstellte, klagte sie über die schöne Aussteuer der Franz und über die Tausende von selbstgepönnelten Spindeln, die da mit verbrannt seien. Franz sah am Fenster und lächelte für den Vater sehr breite Pandoffeln, sie hatte das in der Hauptstadt trefflich gelernt; oft schaute sie aber auch hinaus auf die Straße und mochte allerlei Bemerkungen über die Vorübergehenden. Die Mutter verwies ihr das immer mit hater Wiederholung:

„Wir haben gar nichts zu stöhnen über andre Menschen, wir müssen froh sein, wenn man nicht mit Fingern auf uns weist.“ Nun verkehrte Franz meistens ihre Bemerkungen; sie hatte, wie sie glaubte, die ungeschickliche Schuld mit ihrer Mutter, die gar keine Verzeihung wollte und so gewiß eis das Tischgebet jedesmal wenn man sich zum Essen setzte, sagte:

„Ach Gott! Jetzt muß der Vater allein Essen; ich weiß, daß ihm kein Essen schmeckt; er hat nie was allein essen mögen, das hab ich zu reden, und wenn er beim Trinken ist und ich ihm Essen hingestellt hab, hab ich mich immer zu ihm setzen müssen, und beim Tisch hab ich nie aufstehen dürfen, und wenn was gefehlt hat, er hat immer gesagt: lieber kein Goll auf dem Tisch, als daß Du mir fehlst. Ach Gott! Wir haben doch so gut miteinander gelebt, und wenn's auch manchmal ein bißchen uneben gungen ist, es gibt doch kein bessere Ehe auf der Welt, und alle Andern hätten sich ein bißchen andrer aufstehen lassen.“

Franz hörte das immer geduldig an und ermahnte nur die Mutter, das Essen nicht kalt werden zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Wahrung von Wirtschaftskrediten in immer höherem Maße an sie gestellt werden, benötigt die Gesellschaft ein Stammkapital, dessen Höhe dem Umfang ihrer Betätigungsmittel einigermassen entspricht. In Würdigung dieser Notwendigkeit beschloß die Versammlung, das

Gesellschaftskapital auf 5 Millionen zu erhöhen. Kurzzeit beträgt es 1 400 000 Mark. Zu dem Verleibungsprozeß der Geschäftsführung gegen den Schriftleiter des „Volkmarkt“ wurde von der Geschäftsführung eine einstimmige Erklärung des Ministerialrats Dr. Pauli namens der Preussischen Minister für Volkswirtschaft und der Finanzen in einer einstimmig angenommenen Entschließung wie folgt Stellung genommen:

„Die von interessierten Kreisen des privaten Volkshandels ausgehenden maßlosen Angriffe gegen die Mitteldeutsche Heimstätte und der Verlauf des daraufhin von der Geschäftsführung angegriffenen Verleibungsprozesses gegen den „Volkmarkt“ haben behauerweise in der nicht unterrichteten Öffentlichkeit zu Irrtümern Anlaß gegeben, die geeignet sind, das Ansehen der Gesellschaft zu schädigen. Die Geschäftsführung versieht sich daher zur Berichtigung irriger Anschauungen heranzusetzen, folgendes festzustellen:

1. Die gegen die Geschäftsführung persönlich erhobenen Verschuldigungen der Unlauterkeit und des Eigennutzes haben sich als völlig unhaltbar erwiesen und mußten von dem Verleiber als unrichtig zurückgenommen werden.

2. Hinsichtlich des fraglichen Staatsbolgeschäfts haben die über die Gesellschaft die Aufsicht führenden preussischen Minister für Volkswirtschaft und der Finanzen die Maßnahmen der Geschäftsführung ausdrücklich gebilligt und festgestellt, daß das Holz bestimmungsgemäß verwendet ist und der Allgemeinheit Verluste nicht erwachsen sind.“

Die Geschäftsführung versieht sich sodann einmütig, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung ihr uneingeschränktes Vertrauen auszusprechen.

Uebertragbare Krankheiten in Preußen.

Einer Uebersicht des Preussischen Gesundheitsministeriums über amtlich gemeldete Fälle von übertragbaren Krankheiten in Preußen im März entnehmen der „Amtliche Preussische Pressebericht“ folgende Angaben:

Es erkrankten (starben an): Diphtherie 1722 (83), übertragbarer Genickstarre 52 (25), Kindbettfieber nach regelrechter oder nach Frühgeburt 20 (80), nach Fehlgeburt 125 (57), spinaler Kinderlähmung 12 (1), Scharlachfieber 138, Scharlach und Scharlachruhr 4844 (2255), Milzbrand 3 (-), übertragbarer Ruhr 133 (7), Scharlach 1935 (45), Tollwut 1 (1), Unterleibsdysenterie 36 (41), Paratyphus 107 (1), Flecktyphus, Typhus und Typhusähnliche 10 (6), Diphterieformen durch Insekten oder Insektenübertragung 28 (-).

Kreis Wangleben.

Einige zur Kreisverordnetenversammlung!

In die Vorsitzenden der Ortsvereine, Kreisratsmitglieder, Kreisverordneten, Gemeindevorstände, Kirchenvorstände, Schulvorstände und Gemeindevorstände.

Der Kreisrat hat in seinem letzten Beschlusse die „Wangleben“ als einen Kreisverordneten für die Kreisverordnetenversammlung ernannt. Es ist notwendig, daß ein Mitglied der Kreisverordnetenversammlung ernannt wird. Die Kreisverordnetenversammlung findet am Sonntag den 10. Mai 1928, um 10 Uhr in Klein-Wangleben, bei Gehlert, statt.

Tagungsordnung: 1. „Wangleben“ Kreisrat. 2. Bericht des Kreisrates und der Kreisverordneten. 3. Bericht des Kreisrates.

In Wangleben ist ein Mitglied der Kreisverordnetenversammlung ernannt worden. Die Kreisverordnetenversammlung findet am Sonntag den 10. Mai 1928, um 10 Uhr in Klein-Wangleben, bei Gehlert, statt. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Kreis Jerichow I.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Allgemeines Ortskrankenkassen-Mitgliederbestand am 1. Mai 1928 männliche, 5483 weibliche, zusammen 11161 Personen; arbeitsunfähige Kranke am 1. Mai 173 männliche, 200 weibliche, zusammen 373 Personen oder 3,33 (3,33) Prozent der Gesamtmitgliedszahl.

Dem Schöffengericht, Der Tischler G. Sch. aus Dalschau wird beschuldigt, am 6. November 1928, abends 7 Uhr, vor seiner Wohnung Vorbergehende mit einem Dolche bedroht und verfolgt zu haben. Ein Anrecht war beherzt zugesprochen und hatte dem Sch. den Dolch entzogen. Der Tischler aber beruhigte sich nicht, sondern eilte in die Wohnung zurück, und bald krachten zwei Schüsse aus dem Fenster. Dem Gemeindevorsteher gelang es schließlich, den sehr aufgeregten Sch. zu beruhigen. Die Waffe, ein 08er Gewehr mit Patronen, wurde beschlagnahmt. In der Gerichtsverhandlung wird Sch. als fleißiger Mensch bezeichnet. Ein in der erkrankten Vernehmungstage Schuld an seiner Erregbarkeit. Das Gericht verurteilt Sch. wegen Verhöhnung und unbefugten Waffenbesitzes zu 120 Mark Geldstrafe.

Kreis Wolmirstedt-Mühlhalbenleben.

Esbenorf. Auf zum Reichsbanner! Nur wenige Tage trennen uns noch von der republikanischen Kundgebung, verbunden mit der Fahnenweihe des Reichsbanners. Die letzten Vorbereitungen sind erledigt. An die Parteigenossenchaft und an sämtliche Arbeitervereine ergeht der Ruf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen und dafür zu werben. Das Arbeiterpartei-Komitee fordert die Partei- und die Arbeitervereine auf, mit ihren Fahnen am Sonntagabend um 8 Uhr auf dem Festplatz zu erscheinen, um an dem Festzug teilzunehmen. Für die Kinder findet ein Festzug am Montagabend statt. Die Landarbeiter vor allem müssen bei der Veranstaltung erscheinen. Republikaner, aus Werk, es gilt den Reaktionen zu zeigen, daß sie trotz Terror und Unterdrückung der Versammlungsfreiheit nichts gegen die wertvolle Bevölkerung ausrichten können. Der 9. Mai wird beweisen, daß die hiesigen Republikaner einig und geschlossen dastehen und für Einheit und Recht und Freiheit kämpfen. Die Einwohnerschaft wird um rege Beteiligung an Festen gebeten; auch der Reichsbund der Kriegsberechtigten ist besonders zu dieser wichtigen Veranstaltung eingeladen. Die Einladung an die Lehrer ist von diesen abgelehnt worden. Sie bekunden damit, daß sie an dem Kinderfest, an dem doch die meisten der von ihnen unterrichteten Kinder teilnehmen, kein Interesse haben. Das wirkt kein günstiges Bild auf die Lehrer. Ob sie sich wohl bei einem Landwehr- oder Stahlhelmfest auch so ablehnend verhalten würden? Von der Republik nehmen sie das Geld, aber an einem republikanischen Feste teilzunehmen, lehnen sie ab. Der Elternbeirat wird sich noch mit dieser Haltung der Lehrer beschäftigen. Von Freitag den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, an können für sämtliche Kinder Festkarten zum Festzug unentgeltlich beim Vorsitzenden des Reichsbanners, Paul Günther, abgeholt werden.

Reisekosten. Vom Zuge totgeschleift. Bei der Einfahrt des Zuges aus Oebisfelde überschritt ein Reisender die Schienen, wurde vom Zuge erfasst und eine Strecke weit mitgeschleift. Er war sofort tot.

Kreis Calbe.

Unterbezirksversammlung.

Für den Unterbezirk Calbe findet am Sonntag den 9. Mai, nachmittags 10 Uhr, in Darby, Restaurant Rautenkranz, eine Unterbezirksversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. „Junger Volksgesetz und Volkserziehung“. Referent Reichsbanner-Kreisrat Herrl (Magdeburg).
2. „Volkserziehung des Bauern“. des Schreiner und der Tischlervereine.
3. „Wahl des Unterbezirkskomitees“.

Die Versammlung ist für jedermann aus den Umgebungen Calbes und aus den Umgebungen der Ortsteile. Diese wählen bis zu 20 Mitglieder einen Delegierten; für jede weiteren 200 Mitglieder einen Delegierten mehr. Referenten über 100 können voll gewählt werden. In Calbe werden, wo mehr als ein Delegierter in Frage kommt, müssen auch die Gemeindevorstände berücksichtigt werden. Anträge für die Versammlung sind unentgeltlich beim Sekretariat einbringen. Die Arbeiten der Delegierten werden in der Versammlung erledigt.

Gewinnen und Gewinnen! Sorge für guten Erfolg der Versammlung.

Der Vorsitzende, Wilhelm Peters, Schriftführer.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

den Genossen Raum anging das Theaterstück „Volgatha“ über die Fährne. Das Stück wurde von Mitgliedern des Theatervereins und der Freien Volkshalle sehr gut gespielt. Den Spielern sei an dieser Stelle der Dank aller Teilnehmer ausgesprochen. — Wichtige Versammlung am Sonntagabend abends 8 Uhr bei Bouis Haus. Keine Genossin und kein Genosse darf durch Abwesenheit glücken.

Schönebeck. Landwirte als Diebe. Großen Salpeterdiebstählen ist man auf der Spur, Bootleute haben auf den Wäldern Salpetersäure teilweise entleert und den Gewichtsverlust mit andern Juteln wieder ausgeglichen. Dabei irrten sie sich einigemal in der Gewichtsmenge, so daß die Polizei auf die Spur der Diebstähle kam. Die Diebstähle sind ganz heimlich und raffiniert ausgeführt worden, so daß der Reichswasser-schutz große Mühe hat, die Diebstähle aufzuklären. Der gestohlene Salpeter ist an Landwirte der Umgegend von Frohse und Schönebeck verkauft worden, die also als Geher in Frage kommen. In diese Angelegenheit ist ein großer Kreis von Personen verwickelt. Bis jetzt ist nur ein Teil der Diebstähle aufgeklärt. Die Nachforschungen gehen weiter.

Schönebeck. Der städtische Kämmereirelat für 1928/27 liegt jetzt 8 Tage für jedermann zur Einsicht öffentlich aus. An ordentlichen Einnahmen sind 1 157 500 Mark, an außerordentlichen 342 500 Mark = 1 500 000 Mark und an Ausgaben 1 580 000 Mark eingelegt. Die Gewerbesteuer ist auf 750 Prozent herabgesetzt und soll 240 000 Mark bringen (im Vorjahre 800 000 Mark). Die Grundvermögenssteuer vom besetzten Grundbesitz bleibt mit 200 Prozent, die für unbebauten soll um 50 Prozent von 300 auf 250 Prozent herabgesetzt werden und insgesamt 191 000 (198 000 im Vorjahre) Mark bringen. Der Gehaltsbeitrag im Haushalt des Kämmereirelats von 80 000 Mark macht etwa die Hälfte der Gewerbe- und Grundvermögenssteuer aus. Die Stadtverordneten werden am 12. Mai den Kämmereirelat beraten. Dann werden wir über die einzelnen Statistiken berichten. — Bevölkerungsbewegung. Vom 16. bis 30. April fanden acht Eheschließungen statt. Geboren wurden 14 eheliche, 2 uneheliche Kinder, und zwar 9 Knaben, 7 Mädchen, davon 10 geboren. Gestorben sind 12 Personen. Zugewogen sind 157, fortgezogen 188 Personen, so daß sich die Bevölkerungszahl um 28 Personen vermindert hat. Die Einwohnerzahl betrug somit am 1. Mai 21 416.

Stuttgart. Die Unfallfirma Rosenly und Dr.-Ing. Rathjens auf der Jakobstraße kann schon wieder ihr Unfallregister um eine Nummer bereichern. Ein Kohlenbagger stürzte während der Arbeit in eine Vertiefung, was die Verschüttung eines Arbeiters zur Folge hatte. Die Sache ist noch glimpflich abgelaufen, denn es gelang — wenn auch nach schweren Mühen — den Verschütteten noch lebend, allerdings halb bemußlos, zu bergen. — Wieder ein Kind vermisst. Seit Sonntagabend wird die 7 Jahre alte Ursula Stein genannte Tochter der Frau Lowizal vermisst. Sie war mit grünem Rock, braunen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen bekleidet und trug im Haar eine grüne Schleife. Vermutlich hat sich das Mädchen auf dem Weg nach seiner bisherigen Pflanzstelle in Fernsdorf bei Röhren gehen. Nachricht ist an die Polizeiverwaltung in Stuttgart zu geben.

Stadtkreis Aichersleben.

Der Schwimmunterricht an Schulfürder. Seit einer Reihe von Jahren wird hier an die Schüler und Schülerinnen der Volk- und Mittelschulen in der Schwimmhalle des Stadtkreises Schwimmunterricht erteilt. Die Einrichtung hat sich sehr gut bewährt. Der Unterricht ist immer in den Monaten April bis November vorgenommen worden. Im Jahre 1925 waren 275 Schüler und Schülerinnen daran beteiligt, in diesem Sommer ist die Zahl auf 440 gestiegen. Die Auswahl der Teilnehmer wird getroffen von den Lehrern und Schulleitern. Es ist in diesem Jahre mehr darauf gesehen worden, daß nur kräftige und geeignete Lernernde zugelassen werden. Der Unterricht wird an zusammen 20 Stunden (jede Woche eine) erteilt und gilt als öffentlicher, im Stundenplan vorgezeichneter Schulunterricht. Er erteilt für die Teilnehmer den Schwimmunterricht. Im vergangenen Jahre lernte etwa die Hälfte der unterrichteten Knaben und Mädchen das Schwimmen vollkommen. Da in diesem Jahre die Anzahl eine bessere ist, wird auf einen noch größeren Erfolg gehofft. Das Stadtkreis erteilt den Unterricht unentgeltlich; es ist nur aus den Schulkassen je Stunde und Schüler der Betrag von 10 Pfennig zu zahlen. In den Haushaltplänen der Mittel- und Volksschulen sind für diese Anordnungen im Stadtkreis 550 Mk. veranschlagt, und zwar 400 Mark für die Volksschulen und je 15 Mark für die beiden mittleren Schulen. Damit konnten auch bisher die Anordnungen gedeckt werden. Die Zunahme der neuzunehmenden Kinder erfordert aber höhere Aufwendungen. Der Ausschuss hat daher beschlossen, den Gesamtbetrag um 350 Mark, also auf 900 Mark, zu erhöhen. Der Stadtverordneten-Versammlung geht eine entsprechende Vorlage zu.

Die Jugendgruppe der Partei fällt am Freitag den 7. Mai im Kaffeehaus (eine Treppe) eine Versammlung ab. Es wird u. a. ein Vortrag über „Mutter und Säugling in der Gesehung“ gehalten.

Städtische Verwaltungsverhältnisse. Zum stellvertretenden Bürgermeister des Stadtkreises ist Stadtkreisrat Günther ernannt worden. — Stadtkreisrat Schade wird in den Ruhestand versetzt.

Für Theater und Musik war im städtischen Haushalten des vorigen Jahres eine Summe vorgesehen, die nicht ausgenutzt werden ist. Der Magistrat beschloß, von den ersparten Geldern 500 Mark dem städtischen Puppentheater zu überweisen. Dieses entwickelt sich neuerdings sehr gut. Besonders die Sonntag-Rachmittag-Vorstellungen für Kinder finden großen Anklang.

Unterbezirk Stendal-Osterburg.

Konvent zur Unterbezirksversammlung!

Das Parteisekretariat für Stendal und Osterburg erinnert daran, daß am 13. Mai (Sonntag), nachmittags 11 Uhr, im Stendal im Hotel Ceter, Kirchstraße 8, eine wichtige Konferenz stattfindet, an der eine Beteiligung aller Ortsvereine nötig ist. Aus den Ortsvereinen darf bis zu 200 Mitglieder ein Delegierter, für jede weiteren 200 Mitglieder einer mehr ernannt werden. Auch die Frauen dürfen als Mandatsträger nicht ausgeschlossen werden, auch sie sollen Vorhänge für die Konferenz bereitstellen machen. Die Delegierten müssen alsbald dem Sekretariat gemeldet werden. Anträge für die Konferenz sind ebenfalls rechtzeitig einbringen. Die Arbeiten der Delegierten werden in der Konferenz erledigt. Jeder der Delegierten ist auch jedes andere Parteimitglied aus den Ortsvereinen als Gast herzlich willkommen. Es sollen Männer und Frauen für die Konferenz teilnehmen. Es ist dem Zweck dienlich, daß auch jeder Ortsverein und jeder Mitglied teilnehmen. Gewinnen und Gewinnen, damit deshalb auch geschäftig zur Konferenz nach Stendal!

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen. Die Kreisverordnetenversammlung ist notwendig, um die Kreisverordnetenversammlung zu ernennen.

Geschäfts-Erweiterung

Unserer werthen Kundschaft sowie dem geehrten Publikum von Magdeburg und Umgebung geben wir hiermit ergebenst bekannt, daß wir mit dem heutigen Tage im Hause

Breiter Weg 187 gegenüber der Steintr.

den unter unserer Etage befindlichen Laden hinzugenommen haben und eröffnen. Für das uns bisher erwiesene Vertrauen, welches uns von selten unserer werthen Kundschaft entgegengebracht wurde, sagen wir unseren aufrichtigsten Dank. Wir werden bemüht bleiben, auch weiterhin jeden Interessenten für

Pianos - Flügel - Harmoniums Kunstspielinstrumente

mit nur wirklich grundreellen, soliden Fabrikaten zu bedienen. Fabrikate wie:

Feurich - Schwechten - Imler - Römhild - Hupfer - Hoffmann & Kühne - Ritter - Gebr. Zimmermann - Wette & Söhne - Popper - Mannberg - Hörnig - Liebig

bürgen für eine gute, erstklassige Qualität. Eine große Auswahl von zirka 100 Instrumenten in allen Stil- und Holzarten ständig am Lager. Günstige Bedingungen ermöglichen Ihnen den Ankauf. ■ Unsre Abteilung

Sprechapparate

von der einfachsten Schatulle bis zum elegantesten Schrankapparat haben wir bedeutend erweitert, so daß jedermann bei uns das Richtige finden kann. Ständig ca. 50 Apparate am Lager.

Verschiedene Vorführungsart. ■ Günstige Zahlungsbedingungen.

Gramola - Gramofon - Gramonium Polyphon - Electromophon

Großes, gut sortiertes Plattenlager. Steter Eingang der neuesten Aufnahmen.

Neu! Die gute billige deutsche Schallplatte Derby, doppelseitig Mk. 2.-

Paul Schumann & Sohn

Flügel- und Piano-Haus

Gegr. 1889.

Breiter Weg 187, pr. und 1. Etage.

Telephon 7326.

Balhallen-Lichtspiele

Ab heute bietet Ihnen unser Zwei-Schläger-Programm recht genussreiche Stunden!

Die Prominenten, wie: Eugen Alßper, Lucie Hüßlich, Grete Kleinwald, Theodor Loos, Paul Hartmann, von Lebehour, Olaf Fjord, Erna Morona, Gertrud Welter, Alb. Steinrück, v. Winterstein, Fritz Kampers in dem 7. altigen deutschen Großfilm

Götz von Berlichingen

(Der Mann mit der eisernen Hand). In atemberaubenden Szenen erleben wir hier das dramatischste Schicksal eines Helden. In packender Weise schildert der Film wirksam unterützt von landschaftlichen Bildern höchsten Reizes, wie dieser Freiher von einer Meute mannsfähiger Doggen zu Tode gekämpft wird.

Die Insel der Erkenntnis

Ein Film in 6 Akten von Liebe, Haß und Leidenschaft. Hauptrolle: Adolphe Menjou.

Die neuste Ufa-Wochenschau.

Bis 5 Uhr billige Eintrittspreise. — Beginn 7 1/2 Uhr.

Sie haben über die Perle des Regiments gelacht, Sie werden über die



Familie Schimek

10 mal soviel Lachen!

Außerdem:

Der große Boxkampf Samson

gegen Haymann 10 Stunden

Prachtvoll gelungene Aufnahme!

Freitag



Heute letzter Tag: Reinhold Schünzel Der Hahn im Korb und Wirrwarr der Ehe



Seefische sind nahrhaft und wohlschmeckend Seefische sind jetzt sehr preiswert
kaufen Sie Seefische!

Seefisch-Handlungsgesellschaft
Danzowitz, Freitag, Sonnabend täglich bis zur Zeit.

1/2 großer Seelachs im Stückpreis 25,-	1/2 großer Seelachs doppelt 35,-
1/2 großer Schellfisch im Stückpreis 25,-	1/2 große Röhre 40,-
1/2 großer Schellfisch im Stückpreis 25,-	1/2 Fischbrat ohne Gemüse 30,-
1/2 große Röhre 25,-	1/2 große Röhre im Stückpreis 30,-

Magdeburger Seefisch-Handlungsgesellschaft
Alte Fischhalle 2, Breiter Weg 2/3, am südwestl. Ende der 28 gegenüber d. Fischhalle.

Magdeburger Fischhallen

Die Frauenwelt

Zirkus-Lichtspiele

Das Programm:

Die Frauenwelt

Stadttheater

Donnerstag den 6. Mai
7 Uhr: Die Frau im Haus
9 Uhr: Die Frau im Haus

Freitag den 7. Mai
7 Uhr: Die Frau im Haus
9 Uhr: Die Frau im Haus

Sonntag den 9. Mai
2 Uhr: Die Frau im Haus
7 Uhr: Die Frau im Haus

Wagner-Gesellschaft

Die Frauenwelt

Deulig-Palast

Die führende Filmbühne!
Das Tagesgespräch von Magdeburg!



FALSCHER SCHAM

Im Strudel des Verkehrs
Ein Film für jedermann!
Jugendliche haben Zutritt!

Kammer-Lichtspiele

Der tolle Juch

Das Programm:

Die Frauenwelt

Das Magdeburger Singspieltheater

Das Programm:

Die Frauenwelt

Casino

Die Frauenwelt

Charivari

Das Programm:

Die Hütte von Paris

Das Programm:

Bermühte Töchter

Das Programm:

Luftpost-Verkehr.

Der Luftpostdienst auf den Strecken Magdeburg-Berlin und Magdeburg-Berlin-Stettin wird von Mittwoch den 5. Mai an an allen Werktagen wahrgenommen werden.

Die Luftpost verkehrt nach folgendem Plane und hat Anschluss an die wichtigsten Bahnpoststellen.

Table with columns for destination (ab Berlin, an Berlin, an Magdeburg, ab Magdeburg, an Berlin, ab Berlin, an London, ab London, an Berlin, ab Berlin, an Düsseldorf, ab Düsseldorf, an Amsterdam, ab Amsterdam) and corresponding times.

Beim Postamt 1 in Magdeburg werden Luftpostsendungen bis 40 Minuten vor der planmäßigen Abfahrzeit der Flugzeuge angenommen. Alle Flugpostsendungen unterliegen außer der gewöhnlichen Freigebühr einem besonderen Luftpostzuschlag.

Alle Luftpostsendungen einschließlich der zugehörigen Paketarten müssen die deutliche Angabe „Mit Luftpost“ oder „Mit Flugpost“ tragen. Dieser Vermerk kann handschriftlich, durch Druck oder durch Zettelauflage hergestellt sein.

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

W. gliederbestand 24. April 1926: 33 715 m. 26 985 w. auf 60 700 Zugang b. 26. 4. h. 1. 5. 1926 795 „ 493 „ 1 288 Abgang „ 1. Mai „ 516 „ 555 „ 1 071

Paul Löbe spricht in Magdeburg.

Im Rahmen der von der Magdeburger Volkshochschule und von der Reichszentrale für Heimatdienst veranstalteten außenpolitischen Woche spricht am Sonntag vormittag um 11 Uhr im Stadttheater der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, über das Thema: Weltpolitische Verflechtung, Europa und Großdeutschland.

Som Kohlenmarkt.

Der Mai hatte seine Böden am Mittwoch recht reichlich auf den Wochenmarkt geschickt. Mähernde Ständer und Mäherlöcher wurden allenthalben zwischen den Ständen angeboten. Man konnte ein Straußchen schon von 10 Pf. an erwerben.

Mit Eheberatungsstellen.

Die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten sind nämlich vom preussischen Minister für Volkswirtschaft erucht worden, allen größeren Gemeinden und Landkreisen die Errichtung von ärztlich geleiteten Eheberatungsstellen zu empfehlen.

Preussisch-österreichischer Staatsvertrag über Schulfragen.

Durch das Gesetz vom 28. März 1926 ist der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oesterreich über die gegenseitige Durchführung der Schulpflicht ihrer in dem andern Staate wohnenden Staats- bzw. Bundesangehörigen genehmigt worden.

Arne Sonnenwälder.

Wie aus der Pressehalle der Reichsbehörden in Magdeburg mitteilt, sind vielfach gescheiterte Wünsche entsprechend Sonntagrückfahrkarten 3. und 4. Klasse von Magdeburg-Neustadt nach Belfan Ost eingeleitet worden.

Magdeburger Lagerbesucher.

Wie aus dem heutigen Infanterie herovergeht, ist in der künftigen Sitzung des Magdeburger Lagerbesuchers ein Wechsel eingetreten. Durch die einstimmige Wahl des Obermundstellers a. D. und Hauptmann Herrn Paul Otto zum Dirigenten des Orchesters werden die Mitglieder eines weiteren Schritts in der Entwicklung gewarnt zu haben.

X Vogelwahrermeister. Seit einiger Zeit sind mehrfach Personen beobachtet worden, die in den waldreichen Gegenden Vogelnester ein sammeln. Hierdurch tritt eine erhebliche Verarmung der Jagd ein und sind auch sonstige Schäden zu befürchten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Wilhelmshafen. Der Reichsbannerparade am 7. Mai 1926. Am Sonntag den 7. Mai nimmt die Abteilung Wilhelmshafen an der Veranstaltung in Emden teil. Anreisetag 11.45 vormittags vor dem Reichsbahnhof.

Aus den Gerichtssälen.

Wie er Geschäfte macht.

Der Hypothekenschnittvermittler Alfred Hoffmann aus Magdeburg ist auf den Gerichten kein seltener Gast mehr. Obwohl er schon ein buhndmal wegen aller möglichen Delikte bestraft ist, vor allem aber wegen Betrugs, stand er abermals des Betrugs angeklagt vor dem Schöffengericht.

Bereine und Versammlungen.

Mieterverein Neue Neustadt.

Am 23. April sprach im „Wintergarten“ das Vorstandsmittglied des Landesverbandes der Mietervereine in Anhalt Kollege Gundlach (Köthen) über „Der Kampf um den Mieterchutz und die Mietzinsfragen der Gegenwart“.

Kollege Gundlach führte die zahlreichen erschienenen Zuhörer in packender Schilderung in jene Zeiten zurück, wo es ein Wohnungselend noch nicht gab.

Die Wohnungswirtschaft ist durch die Inflation entwertet, von der Mietzinssteuer wird der größere Teil für die Verwaltung des Staates vorweggenommen, der kleinere Teil wird dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Kollege Gundlach schilderte dann die Wohnungsverhältnisse in Anhalt. Dort wird seit dem 1. April d. J. die Mietzinssteuer erhöht, werden seit dem 1. April d. J. 47 Prozent Mietzinssteuer erhoben.

Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden, besonders die Frauen, zur regsten Mitarbeit auf. Wenn wir nicht die Mietervereine gehabt hätten, hätten wir längst keinen Mieterchutz mehr.

Volkssport.

Die Ausstellungen zum Städtekampf.

Die Magdeburger Lehranstalten haben nunmehr ihre Vorbereitungen an dem am Sonntag den 16. Mai auf dem Schützenplatz stattfindenden Städtekampf Magdeburg-Neustadt-Verderbener erledigt.

Die Magdeburger Lehranstalten haben nunmehr ihre Vorbereitungen an dem am Sonntag den 16. Mai auf dem Schützenplatz stattfindenden Städtekampf Magdeburg-Neustadt-Verderbener erledigt.

Radsport.

Schneiderschleicherband. Am Sonntag den 16. Mai findet eine Radfahrer-Veranstaltung statt. Treffpunkt 12 Uhr im Reichsbahnhof. Alle Vereine müssen es als ihr Ziel machen, recht zahlreich zu erscheinen.

Mitteilungen der Sportvereine.

Sportklub der 2. Gruppe. Am Sonntag den 2. Mai findet in Eißendorf eine Sportveranstaltung statt. Es werden alle Sportarten durchgeführt, so daß sich alle Vereine zur Teilnahme melden können.

Bereinskalender.

Am Sonntag den 2. Mai findet eine Sportveranstaltung statt. Es werden alle Sportarten durchgeführt, so daß sich alle Vereine zur Teilnahme melden können.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

Magdeburger Viehmarkt. Am Sonntag den 2. Mai findet ein Viehmarkt statt. Es werden alle Arten von Vieh angeboten.

